

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Organisiert die proletarische Abwehr!

Verhungen oder kämpfen!

Unerträglicher Raubzug der Bourgeoisie

Berlin, 8. Dezember.

Die neue Notverordnung, lang umkämpft in ihren Einzelheiten, und wegen der politischen Folgen, die sie in ihrem Schoße trägt, mit Spannung erwartet, ist erschienen. Sie trägt den Titel „Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“. Sie ist ungeheuer umfangreich: 46 Druckseiten im Reichsgesetzblatt, und wir können sie daher im folgenden nur in kurzem Auszug bringen.

Da der Inhalt der Notverordnung in seinen Einzelheiten erst unmittelbar vor Redaktionsschluß bekannt wurde, behalten wir uns eine eingehende weitere Stellungnahme vor. Zunächst sei festgestellt, daß diese Notverordnung

der grausamste und rücksichtsloseste Eingriff in das Leben der Arbeiterklasse ist, der jemals in der Geschichte des Kapitalismus von einem Staat unternommen wurde. Zwar ist man im letzten Augenblick davor zurückgeschreckt, die ursprünglich geplante rigorose Kürzung der Invalidenrenten durchzuführen. Dafür aber werden durch die Streichung der Unfallrenten bis zu 20 Prozent fast eine halbe Million von schweren Unfällen betroffene Proletarier einer Hilfe völlig beraubt, die nach der Praxis der Unfallversicherung längst nicht einmal hingereicht hat, um den Schaden wettzumachen, den sie durch ihre Arbeit an ihrer Gesundheit erlitten haben.

Der Eingriff in das Tarifrecht der Arbeiter, das uns einstmals so warm als der Schutz der Arbeiterklasse in den Zeiten schlechter Konjunktur gepriesen wurde, wird trotz gegenteiliger Behauptungen nun doch erfolgen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei werden jetzt vor die Frage gestellt, ob sie es weiter wie bisher bei gefühlvollen Deklamationen gegen das Unrecht der Brüningpolitik und bei parlamentarischen Scheinmanövern, die nur den Widerstandswillen der Arbeiterklasse brechen sollen, bewenden lassen wollen — oder ob sie nun endlich

ernsthaft in die proletarische Kampffront sich einreihen

wollen. Da dies den vollständigen Bruch mit ihrer bisherigen Politik bedeuten würde, so haben wir die größte Sorge, daß die großen Organisationen, die sich die Arbeiterklasse einst zum Kampf geschaffert hat, in dieser kritischsten Situation, die das Proletariat je erlebte, wiederum dem Widerstande nicht nutzbar gemacht werden — wenn nicht in diesen Organisationen selbst

das Proletariat heute die äußerste Aktivität entfaltet

und die Organisationsleitungen zum Widerstand zwingt.

Um das Maß dessen, was der Arbeiterschaft hier zugemutet wird, voll zu erfassen, möge man bedenken, daß es sich in Wahrheit gar nicht mehr um eine Senkung der Löhne auf den Stand vom Januar 1927, sondern weit unter diesen Stand handelt. Was hier unter Bruch der tariflichen Sicherung mit Geldlöhnen, deren Kaufkraft schon 1927 gleichgestellt werden soll, das sind die heute hinter der vor fünf Jahren zurückbleibt und trotz aller Preissenkungen — deren Wert und Dauer im übrigen noch höchst problematisch ist — nun weiter erheblich gesenkt wird. Es ist tief bedauerlich, daß die Gewerkschaftsführung nicht von vornherein diesem Täuschungsmanöver der Regierung entgegengetreten ist.

Die Arbeiterklasse möge sich klar sein,

Not wird verordnet!

Berlin, 8. Dezember.

Die neue Notverordnung hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Es wird ein Reichskommissar ernannt und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, um die Vorschriften für Preissenkung der Kartell- und Innungspreise um 10 Prozent gegenüber dem Stand vom 1. 7. 31 (also keine Senkung, die auch nur annähernd dem Fall der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten entspricht! D. Red.) zu überwachen. Senkung der Gütertarife bei der Reichsbahn zum

16. Dezember um 5 bis 25 Prozent. Senkung der Posttarife. Außerdem werden die Altbau-mieten um 10 Prozent, die Neubau-mieten um 15 Prozent herabgesetzt. Die Senkung der übrigen öffentlichen Tarife (Gas, Wasser, Strom) wird sofort erfolgen. (Das bedeutet, daß die Gemeinden eines ganz erheblichen Teils ihrer Einnahmen ohne entsprechenden Ausgleich beraubt werden, daß also die Wohlfahrtspolitik ernstlich gefährdet wird! D. Red.)

Lohnsenkung bis 15 Prozent!

Die Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft werden dem Stande vom 10. Januar 1927 angeglichen. (Trotz Leipzigs „Warnung“! Die R.) Zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten und Widersprüchen werden die Schlichter in der Weise eingeschaltet, daß Kürzungen des Einkommens nur unter Voraussetzung gewisser gleichwertiger Preissenkungen erfolgen. Die Beamtengehälter werden zum 1. Februar 1932 um 9 Prozent gekürzt.

(Die Formulierung läßt erwarten, daß eine allgemeine Senkung sämtlicher Löhne und Gehälter um mindestens 10 Prozent erfolgt, teilweise werden sogar 15 Prozent Senkung angekündigt! D. R.)

Erhöhung der Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist im allgemeinen von 0,85 auf 2 Prozent erhöht worden. Nicht betroffen von dieser Erhöhung sind Getreide, Mehl und Brot. Erhöhte Umsatzsteuer von 2,5 Prozent für Großbetriebe und Konsumvereine, bei denen auch Getreide, Mehl und Brot nicht steuerfrei bleiben, sondern mit 1,35 Prozent Umsatzsteuer belastet werden. Couponsteuer für festverzinsliche Wertpapiere von 10 Prozent. Der Zuschlag für die Aufsichtsratssteuer wird von 10 auf 20 Prozent erhöht.

Rentenraub

An den bisherigen Sätzen der Invalidenrente wird nichts geändert. Jedoch werden die Fürsorgeleistungen fortfallen. In der Unfallversicherung sind alle kleinen Renten bis zu 20 Prozent gestrichen worden. Hierdurch wird erreicht, daß an mehr als 400 000 Personen Renten nicht mehr gezahlt werden.

Senkung der Zinsen von Anleihen, Hypotheken und dergl. auf 6 v. H., soweit sie gegenwärtig nicht höher als 8 v. H. sind, bei höheren Zinsen Senkung um ein Viertel bis zur Hälfte; entsprechende Regelung für Personalkredite durch den Reichskommissar für das Bankwesen. Senkung der Hauszinssteuer um zunächst 20 Prozent.

Senkung der Lasten bei den Krankenkassen und der Arzthonorare. Die Kassen brauchen

daß jetzt alles von der Energie und dem Kampfwillen abhängt, den sie sofort, als erste Antwort auf diesen neuen grausamen Raubzug zum Ausdruck bringt. Jeder, der jetzt die Formierung der einheitlichen Kampffront der gesamten Arbeiterklasse durch parlamentarische Ver-

in Zukunft nur noch die gesetzlichen Regelleistungen zu entrichten.

Der Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft wird auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt.

Für das ganze Reich wird ein generelles Uniform- und Abzeichenverbot für alle politischen Parteien und Organisationen erlassen. Die Länder werden ermächtigt, Anmeldepflicht und Ablieferungspflicht für sämtliche Schuß- und Stichwaffen zu verfügen. Verleumdungen und Beleidigungen sollen künftig schärfer und schneller abgeurteilt werden.

Der sogenannte Weihnachtsfrieden soll bis zum 3. Januar währen.

Rätsel der Notverordnung

So lange der genaue Wortlaut der Notverordnung nicht vorliegt, kann man ihren ganzen Umfang nicht ermessen. Aber schon jetzt hat sich gezeigt, daß sie eine Anzahl von dunklen Stellen enthält, die die Versprechungen entwertet und die Anordnungen verschärft. So hebt die ungeheuerliche Umsatzsteuererhöhung praktisch die Preissenkung auf. So wird die Mietzinsenkung durch die Hauszinssteuersenkung kompensiert. Die angekündigten Zinssenkungen bleiben noch eine Nacht in einem wohlthätigen Dunkel, bis sich zeigen wird, welcher Katastrophe diese Notverordnung die Wirtschaft entgegenführt.

Reichstagsberufung?

Berlin, 8. Dezember 1931.

Die Kommunisten haben die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt.

Die Reichstagsfraktion der SPD ist zum nächsten Montag einberufen worden. Sie lassen sich Zeit. Aber die Arbeiterklasse kann jetzt nicht warten! Sie muß sprechen, muß sich zum Kampf formieren!

Preis-Kommissar

Der Reichspräsident ernannte den Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler zum Reichskommissar für die Preisüberwachung.

schleppungsmanöver, durch Kommissionsüberweisungen und ähnliche Kunstkniffe verzögert, der trägt dazu bei, daß der Widerstandswille im Proletariat erlahmt, der bahnt der weiteren Verschärfung der Ausbeuterherrschaft den Weg! Wie ein Mann muß jetzt das Proletariat Schulter an Schulter zum Widerstand stehen!

Die Todesstunde des Reformismus

Fritz Sternberg

Wenn kommunistische Redner eine Begründung dafür zu geben suchen, warum die russische Revolution einen anderen Ausgang genommen hat, als die deutsche, so ist ihre Erklärung gewöhnlich folgende: Lenin hatte in Rußland gespalten und der Tatbestand, daß es eine bolschewistische Partei gegeben hat, hätte zur Diktatur des Proletariats geführt; in Deutschland dagegen hätten die Linken unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Vorkriegszeit nicht gespalten; daher war man in das Jahr 1918 ohne eine revolutionäre Partei getreten und daher war die Revolution nicht weiter bis zur Diktatur des Proletariats getrieben worden.

Nun ist es überaus charakteristisch, daß Lenin, der die bolschewistische Partei gegründet hat, niemals den Linken in der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Vorkriegszeit geraten hatte, eine eigene Partei zu gründen. Und Stalin, der in seinem letzten, in der SAZ bereits kritisierten Artikel immer wieder betont, daß Lenin niemals in der Einschätzung der Vorkriegs-Sozialdemokratie geirrt hat, hat kein Dokument herbeibringen können, daß Lenin den Linken in Deutschland zur Gründung einer eigenen Partei geraten habe. Für uns Marxisten ist es aber gerade

die entscheidende Frage, festzustellen, warum sich die Parteidentwicklung im Vorkriegsdeutschland so anders vollzogen hat als im zaristischen Rußland.

Selbstverständlich spielt dabei eine Rolle, daß es in Rußland keine bürgerliche Revolution gegeben hatte und die russische Partei illegal war. Aber dieser Punkt war nicht der entscheidende. Entscheidend war vielmehr, daß der russische Kapitalismus noch nicht in die Epoche des Frühimperialismus eingetreten war, daß in Rußland daher eine Riesenabwanderung vom Lande in die Städte eintrat, daß den russischen Kapitalisten daher stets starke Reservearmeen zur Verfügung standen und so

die russischen Löhne kaum die Reproduktionskosten deckten.

Dazu war das russische Proletariat verhältnismäßig stärker sogar als das deutsche in Großbetrieben konzentriert, und so konnte der Bolschewismus bei diesen russischen Betriebsarbeitern, die zu Hungerlöhnen in den Großbetrieben arbeiteten, starken Einfluß gewinnen.

Der deutsche Kapitalismus dagegen war in der Vorkriegszeit in die frühimperialistische Epoche eingetreten; nicht die Reservearmee nahm zu, sondern die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter nahm zu. Der Akkumulation des Kapitals stand damals nicht die Akkumulation des Elends gegenüber, sondern die Arbeiterlöhne wuchsen. Sie wuchsen langsamer als sie in den Vereinigten Staaten oder England gewachsen waren. Der Lebensstandard des deutschen Arbeiters erreichte niemals das englische Niveau, aber er verbesserte sich. Und diese Verbesserung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft

schuf den großen soziologischen Raum für die Ausbreitung des Reformismus.

Wir, die wir einen gewissen Abstand von der damaligen Entwicklung haben, können heute klar sehen, daß der Reformismus innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, innerhalb der deutschen Arbeitermassen, weit stärker verbreitet, weit tiefer verwurzelt war, als es die Parteitag-Protokolle erkennen ließen. Ueber die Radikalität der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit hatte man sich vielfach getäuscht. Und es muß ausdrücklich betont werden, daß auch Lenin sich hier geirrt hat. Als er ins Exil in die Schweiz die Nachricht bekam, daß die 110 deutschen Sozialdemokraten für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hätten, hielt er das zunächst für ein Fälschungsmanöver des deutschen Generalstabs, um über die Lage hinwegzutäuschen. Es war aber kein Fälschungsmanöver, es war bittere Wirklichkeit. Und es hat gerade von marxistischen Gesichtspunkten aus keinen Sinn, immer wieder über den Verrat der Ebert und Scheidemann zu zeteren; sondern notwendig ist es, eine klare Analyse zu geben,

warum die Ebert und Scheidemann damals die Majorität hatten und nicht Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Man hat später in bolschewistischen Kreisen den Reformismus zu erklären versucht als die Ideologie der Arbeiteraristokratie. Aber auch dieser Erklärungsversuch reicht nicht aus, und die Gründe liegen auf der Hand. Gewiß, es hatte sich im deutschen Vorkriegskapitalismus wie im internationalen Kapitalismus eine starke Differenzierung auch innerhalb der Arbeiterklasse herausgebildet. Aber das Entscheidende war, daß sich die Aristokratie gebildet hatte auf Basis steigender Löhne der gesamten Arbeiterschaft. Nur weil dem so war, konnte der Reformismus eine so ausschlaggebende Bedeutung gewinnen.

Im Nachkriegskapitalismus hat sich die gesamte Situation grundlegend geändert; und wenn man die gesamten Fehlerquellen in der Reallohnstatistik berücksichtigt, so haben die deutschen Reallohne für die Gesamtarbeiterschaft niemals mehr das Friedensniveau erreicht.

Heute stehen sie tief darunter. Aber die Entwicklung ist nicht so verlaufen, daß in der Nachkriegszeit ein ständiger kontinuierlicher Rückgang der Löhne eingetreten ist; sondern nachdem die Löhne bei Liquidierung der Inflation einen außerordentlichen Tiefstand erreicht hatten, sind sie in der Epoche von 24/28 ziemlich erheblich gestiegen. Und es ist kein Zufall, daß gerade in diesem Zeitraum der Reformismus noch einmal einen Altweibersommer erlebte, und daß die Theorie von der Wirtschaftsdemokratie in diesem Zeitraum ausgearbeitet und in breite Massen getragen wurde.

Die Weltwirtschaftskrise traf einen deutschen Kapitalismus, der bereits vor der Krise schwer erschüttert war. Und so sind die gesamten deutschen Löhne bereits seit längerer Zeit wieder abgebaut worden. Die Verelendungstendenzen des Kapitalismus setzten sich immer stärker durch. Bei aller Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse werden die Löhne der gesamten Arbeiterschaft abgebaut, sowohl die der bestbezahlten, der qualifizierten, wie die der schlechter bezahlten, der unqualifizierten. Und nachdem die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitals sich immer stärker durchsetzen, zeigt es sich sehr deutlich, wie unzureichend die Theorie von der Arbeiteraristokratie ist. Es war niemals so, und ist es auch heute nicht, daß die Arbeiteraristokratie die reformistischen Elemente wären, und die schlechtest bezahlten Arbeiter die revolutionären. Die Metallarbeiter z. B. sind stets besser gestellt gewesen, als die meisten übrigen Arbeiterkategorien, und sie waren immer revolutionärer als die übrigen.

Was für uns notwendig ist zu erkennen, das ist, daß es kein Zufall ist und nicht der persönliche Fehler von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, daß in der Vorkriegszeit keine revolutionäre Partei des Proletariats in Deutschland entstand. Der entscheidende C und ist die gegenüber den russischen Verhältnissen so anders verlaufende Lohnentwicklung in Deutschland. Sie hat den Reformismus geschaffen. Man wird mit dem Reformismus nicht fertig, wie die Kommunisten, indem man einfach die Tatbestände bestreitet, die ihn begründet hatten. Noch jüngst war in der „Internationale“ ein Aufsatz, in dem man zu beweisen suchte, daß bereits in der Vorkriegszeit die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitals sich durchgesetzt hatten.

Das ist natürlich blanker Unsinn. Man wird mit dem Reformismus nur fertig, wenn man ihn in seiner historischen Bedingtheit erkennt und der Arbeiterschaft klipp und klar beweist, daß die Voraussetzungen, die einmal zu einer verhältnismäßig günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit zu erhöhten Löhnen geführt haben — daß diese Voraussetzungen heute nicht gegeben sind und nie mehr gegeben sein werden.

Wenn man der Arbeiterschaft somit beweist, daß die absoluten Verelendungstendenzen sich heute nicht zufällig durchsetzen, sondern notwendigerweise.

Auf dem letzten Kongreß der kommunistischen Internationale stellte Bucharin die Frage, woher es denn käme, daß die deutsche Sozialdemokratie noch so stark sei. Er hat

Völkerbundpleite

Der Völkerbund tagt — aber Japan marschiert

Veröffentlichung chinesischer Mitteilungen an den Völkerbund

Paris, 7. Dezember.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht zwei Schreiben des chinesischen Delegierten Dr. Sze. In dem ersten Schreiben wird Beschwerde darüber geführt, daß japanische Flugzeuge in der letzten Zeit weiterhin täglich Erkundungsfüge über chinesisches Gebiet ausgeführt hätten. Außerdem seien in Lagerschuppen der ostchinesischen Eisenbahn in Charbin in japanischen Transportgesellschaften vorbehaltenen Räumen, in Baumwollballen versteckt, 36 Kisten mit Mörsermunition und drei Revolver entdeckt worden.

Japanische U-Boote nach Schanghai unterwegs

TU. Tokio, 7. Dezember.

Das japanische Marineamt teilt mit, daß am 6. Dezember mehrere U-Boote nach

Schanghai in See gegangen sind, wo sie etwa vier Wochen bleiben werden. Insgesamt hat Japan zur Zeit 89 Kriegsschiffe in chinesischen Häfen.

Weitere japanische Truppen nach der Mandschurei unterwegs

TU. London, 8. Dezember.

Der japanische Generalstab in Tokio hat, wie die „Morningpost“ meldet, eine weitere Division nach der Mandschurei in Marsch gesetzt. Diese Maßnahme erklärt sich aus dem angeblichen Vormarsch starker chinesischer Streitkräfte gegen Mukden.

In Genf sitzt der Völkerbund am grünen Tisch, um eine „neutrale Zone“ im chinesischen Gebiet zu schaffen. Indem der Völkerbund den verbrecherischen Krieg Japans als Faktum anerkennt, gibt er gleichzeitig seine Unfähigkeit, gegen die Waffen der Imperialisten den Friedenswillen der Völker zu mobilisieren, zu.

Überall Opposition gegen den Reformismus

Kampf in Holland

Austritt eines linken Führers aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand

TU. Amsterdam, 7. Dezember.

Der Führer des linken Flügels der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Schmidt, ist aus dem Parteivorstand ausgetreten. Der linke Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, der mehrere tausend Anhänger zählen dürfte, sympathisiert stark mit der neuen deutschen Sozialistischen Arbeiter-Partei.

Die Quelle, aus der diese Meldung stammt, die Telegraphen-Union, zeichnet sich bekanntlich nicht gerade durch besondere Zuverlässigkeit aus. Richtig ist allerdings, daß der linke Flügel der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der SAP sympathisiert, daß er schon seit längerer Zeit mit der offiziellen Parteipolitik unzufrieden ist und einen schärferen, stärker klassenkämpferisch gerichteten Kurs verlangt und propagiert. Eine Parallele zu den

Vorgängen in Deutschland besteht auch darin, daß der letzte Kongreß gegen eine starke Minderheit eine Resolution angenommen hat, die die Aufgabe des Diskussionsorgans der Linken, des Sozialist, verlangte und statt dessen ein gemeinsames Diskussionsorgan ins Leben gerufen hat, dessen Redaktion paritätisch mit zwei Führern der Linken und zwei Führern der Rechten besetzt ist. Die Parallellität erstreckt sich also keineswegs soweit, daß man, wie in Deutschland, mit Ultimatum und diktatorischen Maßnahmen gearbeitet hätte oder daß man das gemeinsame Diskussionsorgan einem holländischen Heilmann „zu treuen Händen übergeben“ hätte, vorausgesetzt, daß die holländische Partei überhaupt über eine derartige Zierde einer sozialistischen Partei verfügt, was wir ihr nicht wünschen wollen. Wir hoffen, in den nächsten Tagen unseren Lesern Näheres und Authentisches über die Vorgänge in Holland berichten zu können.

Hoovers Jahresbotschaft

Unbedingte Ablehnung der Erwerbslosenfürsorge — Aber Hilfe und Erleichterung für das Groß- und Trustkapital

Washington, 8. Dezember.

Am Dienstag mittag wurde in der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover verlesen. Die Außenpolitik ist nur in wenigen Sätzen behandelt worden, da sie Gegenstand der am Donnerstag erwarteten Sonderbotschaft sein soll, in der Hoover die Ratifizierung der Moratoriumsvorlage verlangen wird.

Auf Deutschland und die deutsche Frage übergehend, erklärte Hoover, „die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa nahm im letzten Juni Ausmaße allgemeiner Panik an. Die Furcht vor solchem Zusammenbruch hatte unsere Produkten- und Wertpapiermärkte in Verwirrung gebracht. Aus diesem Grunde sind von Amerika das Schuldenjahr und das Stillhalteabkommen in die Wege geleitet worden.“

Ausführlich behandelt Hoover sodann die innere Wirtschaftskrise, deren Gründe er in Spekulation, Inflation auf den Wertpapier- und Grundstücksmärkten, in schlechter Geschäftsführung zahlreicher Finanzinstitute und vor allem in ständigen Erschütterungen und Störungen außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten erblickt.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärte Hoover, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen und durch die Abdosselementierung der Einwanderung dem heimischen Arbeitsmarkt eine Erleichterung zu verschaffen. Hoover betont aber, daß er sich jeder unmittelbaren oder

mittelbaren Erwerbslosenfürsorge widersetze, denn „der Zusammenbruch und die vermehrte Arbeitslosigkeit in Europa ist teilweise durch solche Maßnahmen verschuldet worden.“ (!)

Eine allgemeine Abänderung des Zolltarifes durch den Kongreß lehnt Hoover ab. Eine solche Maßnahme, meint er, würde die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft stören und die Depression verlängern.

An praktischen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft schlägt Hoover vor: eine drastische Verminderung der Regierungsausgaben und eine vorübergehende, höchstens auf zwei Jahre berechnete, Steuererhöhung; weitere Kapitalbereitstellung der Regierung an den Bundeslandbanken zur Beschaffung billiger Kredite für die Landwirtschaft; Gründung von Baukreditbanken zur Förderung der Heimbautätigkeit; Schaffung einer „Wiederaufbaugesellschaft“, die den notleidenden, aber innerlich gesunden Industrien, Eisenbahnen, Finanzinstituten und landwirtschaftlichen Kreditanstalten gegen taugliche Sicherheiten vorübergehende Vorschüsse leisten soll und eine Lockerung der Antitrustgesetzgebung, insbesondere zugunsten der Kohlen-, Petroleum- und Holzindustrien.

Der Kapitän gründet wieder...

Berlin, 6. Dezember.

Kapitän Ehrhardt hat am Sonntag in Berlin eine Führerschaftstagung abgehalten. Unter dem Namen „Die Gefolgschaft“ hat er in Preußen eine Vereinigung gegründet, die die organisatorische Zusammenfassung seiner politischen Anhängererschaft bezweckt. Er sieht die Möglichkeit der deutschen Gesundung nur noch in der Abkehr von jeglichem Phrasentum; er will statt dessen alle aufbauwilligen Deutschen aufrufen, sich in grundsätzlich staatsbejahendem Sinne zu ernster, sachlicher Arbeit zu vereinen. Er erstrebt vor allem eine geistig-politische Erziehung und körperliche Ertüchtigung der Jugend. Bei der Führertagung waren 30 Männer

aus norddeutschen Provinzen versammelt. Anmeldungen werden noch angenommen.

Nach dem Verein ehemaliger Angehöriger der II. Marinebrigade, nach der „Organisation C“, nach der „Bayerischen Holzverwertungsgesellschaft“, der „Sturmkompanie Oberschlesien“, dem „Wiking-Bund“ und der kurzweiligen Kommandierung sämtlicher Ehrhardtleute in den Stahlhelm im Jahre 1927 ist dies nun die siebente Umgründung des Kreises, den der „Kapitän“ seit dem Jahre 1919 um sich gesammelt hat. Mit Straßenschlachten gegen Proletariat hat er begonnen, mit Mordanschlägen auf republikanische Minister setzte diese Gruppe ihren „Kampf“ fort. Heute bekämpft sie bloß noch die Phrase.

Es ist ein trauriger Abstieg für den „Kapitän“.

Die Gemeindewahlen in Württemberg

Am Sonntag haben in Württemberg die fälligen Wahlen zu den Gemeinderäten stattgefunden. Ihre Ergebnisse zeigen, daß einerseits die Nationalsozialisten nach wie vor im Vormarsch sind und daß andererseits die Abwärtsbewegung bei der Sozialdemokratie noch keineswegs beendet ist. In Stuttgart verlor die SPD fast 10 000 Stimmen; die Nationalsozialisten verdoppelten ihre Stimmenzahlen vom 14. September auf 44 600 Stimmen. Das Zentrum hat sich gehalten. Den Kommunisten gelang es, von dem Verlust der Sozialdemokraten nur etwa 1000 Stimmen aufzufangen. Die Deutschnationalen konnten sich geringfügig verbessern.

Die SAP hat wegen der Kürze der für den Aufbau ihrer württembergischen Organisation verfügbaren Zeit davon absehen müssen, eigene Kandidaten aufzustellen. Die kommunistische Opposition erhielt in Stuttgart 4000 Stimmen; leider kein Mandat.

In Ulm nahmen die Nazis mit 7 Mandaten im Gemeinderat die Spitze; ebenso in Geislingen.

Sehr interessant, wenn auch nicht charakteristisch, ist das Ergebnis in Eßlingen. Dort haben die Nationalsozialisten, die bei der letzten Gemeindewahl 1928 überhaupt nicht in Erscheinung traten, 64 846 Stimmen erhalten. Während die Stimmenzahl der Kommunisten von 37 379 Stimmen im Jahre 1928 sich jetzt auf 76 298 erhöhte, womit die KPD die stärkste Partei wurde, ging die der Sozialdemokraten von 92 191 auf 66 740 zurück. Die bürgerlichen Parteien erhielten 55 247 Stimmen gegenüber 78 866 bei den Wahlen 1928.

Interessant sind auch die Ergebnisse in den Industriestädten Schwenningen und Tuttlingen. In Schwenningen erhielten die Sozialdemokraten 2 (5), die Demokraten 3 (5), die Kommunisten 8 (1), Zentrum 1 (1), die Nationalsozialisten 3 (0) Sitze. In Tuttlingen zielen auf das Zentrum 1 (2), die Sozialdemokraten 4 (6), Nationalsozialisten 2 (0), Bürgerliche 4 (8), Kommunisten 1 (0), Christlicher Volksdienst 0 Sitze. In Tuttlingen sind 16 Gemeinderatsmitglieder ausgetreten, aber nur 12 neu gewählt worden.

Auch hier sind die Verluste der Sozialdemokraten, die teilweise an Zusammenbruch grenzen, nicht restlos von den Kommunisten aufgefangen worden.

Es fällt weiter auf, daß die süddeutschen Demokraten-Gruppen in Tübingen, Heilbronn, Göppingen, Friedrichshafen, da wo sie nicht Listenbindungen mit anderen bürgerlichen Gruppen eingegangen waren, zwar auch Verluste erlitten, aber sich doch einigermaßen behauptet haben. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß diese Demokraten nicht mit der Staatspartei verwechselt werden dürfen. Ihr Anhang besteht fast durchweg aus bäuerlichen Elementen.

Der einzige Ort, an dem unsere Partei eine Liste aufgestellt hatte, war Göppingen. Aber auch dort war unsere junge Bewegung den eingespielten Apparaten der alten Parteien gegenüber noch nicht stark genug, um einen entscheidenden Erfolg davonzutragen.

Die gefährdete Seele des Soldaten

Leipzig, 8. Dezember.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte der Heizer Angelo Petersen aus Neumünster wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republikchutzgesetz zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft. Petersen hat am 27. Mai d. J. mit einem Reichswehrsoldaten über Politik gesprochen und ihm dabei auseinandergesetzt, daß die Weltrevolution unmittelbar bevorstehe. Als der Soldat darauf erwiderte, daß das so schnell wohl nicht gehen werde, da die Soldaten und die Polizei noch da seien, bemerkte Petersen, daß ein großer Teil der Reichswehr und der Polizei schon zu den Kommunisten hielten. Auch der Soldat werde doch nicht so dumm sein, sich der Gefahr auszusetzen, im Kampfe getötet zu werden. Petersen erläuterte dem Soldaten dann eine sogenannte „Zersetzungschrift“ „Der Weg zum Sieg“. Der Soldat erstattete Anzeige. Bei einer Hausdurchsuchung fand man 88 Stück der „Zersetzungschrift“ im Besitz des Angeklagten, der seit Februar 1930 der Kommunistischen Partei angehört.

Also es genügt heute, mit einem Soldaten über die Revolution zu sprechen, um 1½ Jahre Freiheitsstrafe zu erhalten!

Wendung
im Sklarek-Prozess

Im Sklarek-Prozess wurde Montag der Zeuge Schöttler, Revisor der B.A.G., Freund und Vertrauter Kieburgs und Sachverständiger der Staatsanwaltschaft vernommen, der bekanntlich von dem Kassierer Heinrich der Begünstigung der Kieburgschen Mißwirtschaft beschuldigt wurde und die Bilanz in schwer betrunkenem Zustande unterschrieben haben soll.

Das Gericht legt dann eine einstündige Beratungspause zur Formulierung einer prinzipiellen Erklärung ein. Nach Wiederscheitern des Gerichts gibt Amtsgerichtsrat Keßner folgende, mit großer Bewegung aufgenommene Erklärung ab: „Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft hält das Gericht auf Grund der bisherigen Beweisaufnahme für nicht widerlegt, daß die Angeklagten Kohl, Sakolofski, Gäbel, Degner und Schneider an eine Schädigung der Sklareks infolge der Kieburgschen Wirtschaft geglaubt haben.“

Der zweite
Fünfjahresplan
Ziel: Vollkommene Unabhängigkeit vom Ausland

Moskau (über Kowno), 6. Dezember. Die Fertigstellung des zweiten Fünfjahresplanes wurde am Sonnabend beendet; der Plan wird am Montag dem Politbüro der Kommunistischen Partei zur Bestätigung vorgelegt werden. Der zweite Fünfjahresplan sieht eine erhebliche Vergrößerung der sowjet-russischen Industrie vor und soll die vollkommene Unabhängigkeit der Sowjetunion von dem Ausland gewährleisten.

Selbsthilfe der Jugend

Drei Jahre Jugendberatungsstelle in Berlin

Das war vor drei Jahren in Berlin — eine Gruppe junger Menschen, Führer der Jugendbewegung und der sozialistischen Jugendverbände, ihnen voran Kurt Beck, seines Zeichens Rechtsanwalt, trat mit der damals revolutionären Forderung auf den Plan, Beratungsstellen der Jugend zu schaffen, die nichts gemein hätten mit Amtsstuben und Wohltätigkeitseinrichtungen: zu gleichaltrigen Kameraden sollten Jungens und Mädels kommen, um mit ihnen ihre Konflikte und Nöte durchzusprechen.

Und heute? Die Arbeitslosigkeit reißt die Jugend aus ihrer Laufbahn und Familie, zerstört die materiellen und moralischen Grundlagen ihrer Existenz. Grausam wie nach dem Krieg ist das Wohnungselend — nicht weil zu wenig Wohnungen vorhanden sind, sondern weil das Geld nicht einmal für eine Kellerlücke reicht. Und was noch übrig geblieben ist an gesunder Widerstandskraft, zerstört der Lohnabbau und der Abbau der Sozialversicherung. So wird es immer schwerer, den Jugendlichen vor Kriminalität, sexueller Verirrung, vor dem Abgleiten ins Asoziale zu bewahren.

In der Beratungsstelle der Friedrichstraße wird jeder Jugendliche nach seiner Wahl von einem Jungen oder Mädchen, die in der Jugendbewegung groß geworden und für die Beratung besonders erprobt sind, in Empfang genommen. Neuerdings hat man Schüler und Schülerinnen der ersten Klasse der Rütli-schule in Neukölln und einige ihrer Lehrer zu den Beratungen hinzugezogen. Niemand braucht seinen Namen zu nennen. Je nach der Lage des Falles spricht sich der Berater endgültig mit dem Ratsuchenden unter vier Augen aus und berichtet im übrigen lediglich der Leitung, oder überweist, soweit es sich um Spezialfragen handelt, den Betroffenen an einen Fachberater. Ein Jurist und ein Arzt sind zur Zeit jeder Sprechstunde anwesend.

Die Jugendämter und Wohlfahrtsstellen der Behörden bieten keinen Ersatz hierfür.

Die Jungen und Mädels haben Angst, sich einer Stelle anzuvertrauen, hinter der das Gespenst der Fürsorgeerziehung steht.

Gerade gegen die Fürsorgeerziehung kämpft die Beratungsstelle, und es ist nicht immer leicht, die Jugendlichen ihren kriminellen und sexuellen Gefahren und zugleich den Klauen der Fürsorge zu entreißen. Aber schon das Gefühl, amtlich vernommen zu werden, verschließt den Mund. Außerdem steht der bürokratische Zug des Verwaltungsapparats einer raschen Hilfeleistung im Wege. Wahrscheinlich würde ein Beamter, dem ein junger Mensch sein Leid anvertraut, sich nicht für... zuständig erklären und an die nächste Instanz verweisen.

1931 kamen rund 1000 Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren (630 Jungens und 370 Mädels) auf die Beratungsstelle. Davon waren 348 Arbeiter, 225 Angestellte, 200 Lehrlinge, 122 Schüler, 25 Hausangestellte, 72

Studenten und Angehörige freier Berufe und 11, die ihren Beruf nicht angaben. Fast die Hälfte von ihnen allen war erwerbslos. Die Beratungen betrafen Konflikte mit Eltern, Erziehern, Vormündern, Arbeitgebern Schulangelegenheiten, Fürsorge-Erziehungssachen, Unterbringung Schwägerer, Alimente, Berufsberatung, Strafsachen, Unterbringung Obdachloser, Anschluß und Geselligkeit, ärztliche und gerichtliche Hilfe, Sexualberatung, Mangel an Kleidung und Essen und anderes mehr.

Ein Junge wurde entlassen, weil er Unterschlagungen — aufdeckte. Man reichte gegen die Firma, die böswillig schlechte Auskünfte gab, die Klage ein. Ein anderer will nicht in einer chemischen Fabrik bleiben, weil dort Kriegsmaterial hergestellt wird. Da er ein begabter Zeichner ist, kommt er durch Vermittlung eines Kunsthändlers auf die Zeichenschule. Ein dritter hält es in keiner Lehre aus, weil er homosexuelle Neigungen hat und auf diese Weise leichter verdient; er wird in ärztliche Behandlung gegeben. Bei den sog. Strichjungens handelt es sich selten um echte Homosexualität — oft sind es Arbeitslose, die aus der Fürsorge entwichen und ohne Papiere sind. Die meisten wollen wieder in geordnete Arbeitsverhältnisse zurück. Ein Dienstmädchen hat seit einem Dreivierteljahr den zugesagten Lohn nicht erhalten und nimmt ihn sich aus der Ladenkasse. Der Firma, die sie wegen Unterschlagung entläßt, wird der Prozeß gemacht. Ein Sechzehnjähriger wird von der Schule gewiesen, weil sein Pensionsvater ihn mißbraucht. Durch Vermittlung kommt er auf eine andere Schule. Ein Junge möchte die Schulden seines verstorbenen Vaters bezahlen — ein Mädchen mit einem 3/4 Jahre alten Kind sucht eine Tagesstelle, wo sie das Kind mitbringen kann. Zwei Vormundschaften und sechs Erziehungsbeiratschaften sind geführt worden, und neun Pflegetellen für Kinder wurden vermittelt — wenige Beispiele aus der Vielfalt der Fälle, in denen Abhilfe geschaffen werden konnte. L. Schaefer.

Ausbau des russischen Flugnetzes

Die Entwicklung des russischen Flugverkehrs verzeichnete innerhalb der letzten Jahre einen ziemlich großen Fortschritt. Etwa vor einem Jahre betrug die Länge der Fluglinie 26 000 Kilometer, während sie sich gegenwärtig auf 41 000 Kilometer beläuft. Im Jahre 1932 sollen 40 neue Abschnitte von Luftverkehrslinien eingerichtet werden, die eine Länge von 30 000 Kilometer haben. Damit wird das Flugnetz eine Linienlänge von 70 000 Kilometer erreichen, was die UdSSR. an die erste Stelle der Welt rückt. — 1932 sollen im Norden, wo jetzt sechs Linien im Betrieb sind, elf neue Hauptlinien eröffnet werden. U. a. wird die mit Wasserflugzeugen betriebene Linie Wladiwostok—Sachalin—Nikolajewsk am Amur, Uellen, das ganze Küstengebiet des Stillen Ozeans untereinander verbinden. Besonders wichtig ist die Durchführung des Flugverkehrs im Verlaufe des

ganzen Kalenderjahres. Wenn im Jahre 1930 nur eine Linie seither ununterbrochen arbeitete, so werden in diesem Jahr alle Linien auf die ununterbrochene Jahresarbeit umgestellt. 60 000 Kilometer Flugstrecken sollen mit Beleuchtungsapparatur versehen werden.

Zuckerbrot statt Peitsche?
Wie lange?

Die 1600 Teilnehmer des „Hungermarsches“, die auf Lastautos aus allen Teilen der Vereinigten Staaten in der Bundeshauptstadt zusammengeströmt sind, wurden bei ihrer Ankunft von der Polizei in unerwarteter Weise empfangen. An Stelle von Kampfmaßnahmen hatte die Polizei Vorsorge für die Unterbringung und Verpflegung der Demonstranten getroffen; sie wurden in freundschaftlicher Weise in ihre Quartiere geleitet und erhielten zunächst eine warme Mahlzeit. Wie lange diese Gastfreundschaft dauern soll, ist nicht bekannt.

„Große Nervosität“, „kommunistische Propaganda“

WTB Washington, 7. Dezember. Der Aufmarsch der 1500 Demonstranten, die gestern aus 20 Staaten auf einem „Hungermarsch“ hier eintrafen, ist bisher ruhig verlaufen. Polizei und Garnison stehen in Alarmbereitschaft. Die Stadt bildet den Anblick eines kleinen Feldlagers. Polizeistreifen stehen an allen Straßenecken. Die Demonstranten marschierten heute zum Capitol und verlangten statt der Speisung durch die Heilsarmee Bargeldunterstützung. Sie wurden jedoch nicht ins Parlamentsgebäude gelassen. Die Anführer dieser Demonstration, die hier große Nervosität hervorruft und als kommunistische Propaganda verurteilt wird, heißen Wagenknecht, Obermeier und Benjamin.

Sie in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Grefenverlag Rudolstadt

20. Fortsetzung

„Die Nachbarn, lassen Sie mich doch in Ruhe mit ihren Nachbarn, das sind ja Verleumder und Ehrabschneider.“

„Ich muß es Ihnen doch vorhalten, wenn's die Nachbarn sagen; ich kann doch nicht wissen, mit wem Sie alles Verhältnisse haben.“

Das brauchen Sie auch nicht zu wissen. Einer weiß es, das ist der Dr. Geyer, und das genügt mir.“

„Die Nachbarn sagen auch, es kommen Männer zu Ihnen in die Wohnung, sogar verheiratete.“

„Ei ja, freilich, allerhand alte Bekannte kommen zu uns, die unseren Vater und unsere Mutter noch gekannt haben.“

„Und was machen Sie mit denen?“

„Plaudern und unterhalten, auch einmal Grammophon spielen, was man halt so tut, wenn Besuch da ist.“

„Ein verheirateter Mann soll Ihnen unlängst einen Blumenstrauß gebracht haben.“

„Ja, das ist der städtische Gartendirektor gewesen, ein Freund von Dr. Geyer; wenn der in meiner Gegend zu tun hat, kommt er immer vorbei und bringt mir Blumen. Was soll denn da dahinter sein.“

„Die Nachbarn sagen halt, daß da etwas dahinter ist.“

Wieder blätterte er in den Akten.

„Sie haben immer schon einen lockeren Lebenswandel geführt.“

„Das verbitte ich mir,“ schrie Hedi auf. „Da gibt's gar nichts zu verbitten, das

steht in den Akten. Sie waren schon einmal bei der Polizei angezeigt wegen Gewerbsunzucht und ein anderes Mal wegen Kuppelei.“

„Ja, haben Sie denn gar keine Ahnung, wie so eine Anzeige zustande kommt? Da wohnt doch in unserem Hause dieser Kerl, der Hammer, der hat Anzeigen gegen mich gemacht, an denen kein wahres Wort ist, alles hat er erfunden und erlogen.“

„Das kennen wir schon,“ antwortete der Richter, „immer wollen die Leute die Zeugen schlecht machen, das gelingt aber bei mir nicht. Ich glaube den Zeugen eben mehr als den Angeklagten, dafür sind's Zeugen.“

„Das sind keine Zeugen, das sind verlogene Denunzianten. Wenn die erst denunzieren dürfen und nachher auch noch sogenannte Zeugen machen, dann kriegen Sie freilich nie die Wahrheit heraus.“

„Um Wahrheit handelt es sich da gar nicht, sondern darum, daß Ihre Schwester in die Erziehungsanstalt kommen soll.“

Hedi stieß einen gellenden Schrei aus. Betty Wolf und das Gespräch in Karlsbad war ihr eingefallen. Sollte ihre Schwester, die sie gehegt und gepflegt hatte, die sie zu einem ordentlichen und fleißigen Menschen erzogen hatte, das Schicksal der unglücklichen Betty Wolf erfahren?

Voller Entsetzen starrte sie auf den grausamen Mann am Schreibtisch.

„Da brauchen Sie nicht zu schreien,“ sagte der. „Man meint wunder, was da dabei ist, wenn so ein Mädchen in die Erziehungsanstalt kommt. Aber das sag' ich Ihnen gleich, nur

Sie sind schuld daran, Sie sind die Umgebung, durch die das Mädchen nachteilig beeinflusst wird. Zu Ihnen kommen die verheirateten Männer und bringen Ihnen Blumen, Sie haben ein Verhältnis mit dem Geyer. Dadurch wird das Mädchen verdorben und deshalb muß sie fortkommen.“

„Meine Schwester, meine Schwester wollen Sie mir nehmen, den einzigen Menschen, den ich auf der Welt habe.“

„Darauf können wir keine Rücksicht nehmen.“

„Ja, was soll denn meine Schwester getan haben, daß man sie fortnehmen will.“

„Getan gar nichts. Ihre Schwester, das muß ich sogar sagen, hat mir einen recht guten Eindruck gemacht, sie sieht ordentlich und anständig aus, die gefällt mir ganz gut, ... die gefällt mir besser als Sie.“

„Ja, wird ihr denn irgend etwas nachgeredet, daß sie etwas verbrochen haben soll?“

„Aber keine Idee,“ war des Richters Antwort, „so was braucht's auch gar nicht. Sie haben da ganz falsche Auffassungen. Gestern habe ich erst vier Mädchen in die Erziehungsanstalt gesteckt. Die haben auch nichts getan, da brauchen die Mädchen nicht erst etwas getan zu haben, damit man sie in die Erziehungsanstalt stecken kann. Die Erziehungsanstalt ist keine Strafe, sie ist eine Wohltat, sie ist die Fürsorge für Jugendliche.“

„Reizende Fürsorge. Mir hat einmal ein Mädchen ihre Erlebnisse aus der Erziehungsanstalt erzählt.“

„So, Umgang mit entlassenen Fürsorgezöglingen haben Sie auch. Das ist ein weiterer Beweis für die nachteilige Umgebung.“

„Die ist tot, die hat die Jugendfürsorge in den Tod gehetzt.“

„Nehmen Sie sich in acht, Fräulein,“ schrie der Richter, „wie können Sie so etwas von einer staatlichen Einrichtung sagen.“

Ein vorwurfsvoller Blick traf sie.

„Ich breche die Vernehmung ab,“ sagte er brummig, „ich weiß genug. Sie werden das weitere noch von mir hören.“

Am Abend dieses großen Tages kamen Hedi und Auguste zu Dr. Geyer und berichteten über ihre Vernehmung bei dem Vormundschaftsgericht.

„Darf ich denn noch nicht wissen, daß es zweierlei Menschen gibt,“ fragte Auguste mit schelmischem Lächeln.

„Nein,“ antwortete Dr. Geyer, „du hast zu glauben, daß der Storch die Kinder bringt und wenn du das nicht glauben willst, so wirst du so lange in die Erziehungsanstalt gesperrt, bis der Storch wirklich die Kinder bringt.“

„Um aber im Ernst zu sprechen,“ fuhr Dr. Geyer fort, „auf eines will ich euch aufmerksam machen. Es ist sehr naheliegend, daß ihr beide der Meinung seid, ihr müßt euch schämen, weil euch so dummes Zeug nachgeredet wird und weil ihr deswegen mit dem Gericht zu tun habt, es ist auch in den meisten derartigen Fällen so, daß die Leute glauben, sie müßten ein Geheimnis aus dem machen, was sie da erleben. Das ist ganz verkehrt. Nicht ihr habt Anlaß, euch zu schämen, sondern die Leute, die euch verleumdete haben, und die Beamten, die sich von diesen Leuten dazu verführen lassen, gegen euch dieses lächerliche Verfahren anzustrengen. Deshalb rate ich euch beiden, macht kein Geheimnis aus allem, was euch widerfahren ist, erzählt allen Leuten, die ihr kennt, davon, hängt alles an die große Glocke, an die allergrößte, die ihr finden könnt. Nur durch rücksichtslose Bekanntgabe an alle Menschen kann man dem Unfug, der hier verübt wird, wirksam zu Leibe rücken, nur so kann man erreichen, daß es endlich besser und sicherer wird für die heranwachsenden Menschen.“

(Fortsetzung folgt)

Der sozialistische Aufbau in Sowjetrußland

Otto Bauer über die Zukunft der russischen Diktatur

Es braucht nicht besonders ausgeführt zu werden, daß uns von Otto Bauer vielerlei trennt: seine Haltung in der 2. Internationale, seine Haltung gegen die frühere sozialdemokratische Opposition und gegen die SAP; vielerlei auch in der Beurteilung der russischen Revolution. Dennoch sehen wir in dem nachstehenden Auszug aus einem Artikel in der Zeitschrift „Der Kampf“ vom Dezember 1931 („Die Zukunft der russischen Sozialdemokratie“) einen bemerkenswerten Beitrag zur Klärung der russischen Frage.

Otto Bauer gesteht offen seine früheren Irrtümer ein, aber er ist sehr vorsichtig bei der Prognose der weiteren Entwicklung in Rußland. Aus der Konsequenz seiner Ausführungen ergibt sich aber nicht, wenn die Diktatur in Rußland nicht nur notwendig war, sondern auch möglich, d. h. wenn sie von ihm als ein möglicher Weg zur sozialen Demokratie, zum Aufbau des Sozialismus anerkannt wird, so fällt die Scheidewand zwischen Demokratie und Diktatur, die bisher auch von Otto Bauer — wenigstens gefühlsmäßig — zwischen demokratischem und diktatorischem Wege zum Sozialismus errichtet wurde. Demokratie und Diktatur sind nur noch taktische Möglichkeiten — aus denen keine grundsätzlichen Differenzen entstehen können — auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats, zur Diktatur der übergroßen Mehrheit im Interesse der Mehrheit.

Otto Bauer schreibt diesen Artikel zur Verteidigung gegen die Angriffe der russischen Sozialdemokratie. Er liquidiert sie als grundsätzlich oppositionelle Bewegung und errichtet wurde. Demokratie und Diktatur sind weit ihr eine neue Aufgabe als Opposition aufzuweisen selbst. Die russische Sozialdemokratie ist kein einheitlicher Begriff; aber die Emigranten sind naturgemäß nicht genügend verwurzelt in der heutigen Lebenswelt der russischen Arbeiterklasse. Wenn sie ein neues Lebensrecht gewinnen wollen — und wir sind die letzten, die die Notwendigkeit einer Opposition gegen den Stalinismus verkennen —, so werden sie sich nicht nur auf den Boden der von Bauer aufgezeigten Tatsachen stellen müssen, sondern auch loyal auf den Boden der russischen Diktatur.

(Die Red.)

Als der Fünfjahrplan veröffentlicht wurde, haben ihn die meisten von uns für eine Utopie gehalten. Heute wissen wir: Der Plan mußte wiederholt abgeändert werden. Er wird nicht zu 100 Prozent durchgeführt werden. Aber sein Resultat wird doch unbestreitbar eine erstaunlich starke Vergrößerung der russischen Industrie, eine bedeutende Verstärkung der russischen Produktivkräfte, eine bedeutende Vergrößerung der Produktivität der russischen Arbeit sein.

Als im vorigen Jahre die massenhafte Kollektivierung der Bauernwirtschaften durchgeführt wurde, glaubten viele von uns, dies müsse zur völligen Desorganisation der Landwirtschaft führen. In Wirklichkeit waren die Ernteerträge gerade im vorigen Jahre besonders groß. Und so groß auch die inneren Schwierigkeiten der Kolchosen sind, so ermöglicht es die Kollektivierung andererseits, die Bauernschaft schnell zu besserer Wahl des Saatgutes, rationellerer Düngung, höheren Fruchtfolgen zu führen, ihr Schlepper und Landmaschinen zur Verfügung zu stellen, die Arbeitsvergeudung, die die Zersplitterung des Bodens zur Folge hatte, zu vermeiden.

Das heurige, das dritte Jahr der Fünfjahrperiode, ist das Jahr der größten Anstrengungen. Man hat darum gefürchtet, daß gerade dieses Jahr die schwersten Entbehrungen, die schwerste Anspannung der Kräfte erheischen werde. In Wirklichkeit berichten die Moskauer Berichterstatter der bürgerlichen Presse, daß, zumal seit den Korrekturen der Politik nach Stalins Juli-Rede — Korrekturen, die Punkt für Punkt der in meinem Buche geübten Kritik Rechnung tragen —, das Leben in Rußland gerade in diesem Jahre fühlbar leichter geworden sei.

Meine Kritiker halten mir entgegen: Der schwere Druck, den das Sowjetregime um der Durchführung der „Generallinie“ willen auf die Arbeiter, die Bauern, die industrielle Bürokratie üben muß, müsse alle Klassen der russischen Gesellschaft immer mehr mit Todesangst gegen das Regime erfüllen; an ihrer Auflehnung werde der Plan scheitern. Indessen, die russische Produktion wächst jetzt sehr schnell. Je mehr sie wächst, mit desto mehr Gütern kann die Sowjetregierung das Volk versorgen. Die Lebenshaltung steigt nur langsam. Ihr Steigen wird zeitweilig durch Rückschläge unterbrochen. Aber sie muß mit der wachsenden Produktion steigen. Ist es wirklich so ganz sicher, so ganz unabwendbar, daß das russische Volk, das vierzehn Jahre furchtbarster Not durchgehalten hat, die Diktatur gerade dann stürzen wird, wenn sie schließlich doch, wenn auch nur allmählich und wenn auch nicht in geradlinigem Aufstieg, die Güterversorgung zu verbessern vermag? Und hat die Diktatur nicht im März 1930, im Juli 1931 die notwendige Elastizität bewiesen, in kritischen Augenblicken anwachsenden Groll durch Korrekturen am System zu besänftigen, ehe er dem System selbst gefährlich werden konnte?

Ich war, als ich mein Buch schrieb, nicht so leichtfertig, aus der Erfahrung zweier Jahre eine sichere Prognose ableiten zu wollen. Ich habe die Gefahren, die der Verwirklichung des Aufbauplanes drohen, festgestellt. Aber ich habe ebenso feststellen müssen, daß, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, der Plan im ganzen und großen durchgeführt werden wird, wenn seine Durchführung nicht etwa im Verlauf der nächsten zwei Jahre durch gewaltsame Auflehnung der Massen oder durch kriegerische Ereignisse gestört werden sollte.

Wenn aber der Plan durchgeführt werden sollte, dann hätte die Sowjetunion eine gewaltige, hochmoderne Staatsindustrie und eine zum großen Teil kollektivisierte Landwirtschaft. Dann gäbe es in der Welt einen großen Staat mit wachsender moderner Produktion, in dem der Produktionsapparat nicht mehr Privateigentümern gehörte, sondern dem Staat und nicht mehr kapitalistischer Anarchie überantwortet, sondern planwirt-

schaftlich geleitet wäre. Einen großen Staat, in dem wesentliche Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklicht wären.

Die Entwicklung der letzten drei Jahre läßt es also mindestens als möglich erscheinen, daß das schließliche Resultat der russischen Revolution ein ganz anderes sein wird als das, das die menschwichtigen, das auch unsere Prognosen in der Zeit des Bürgerkrieges und in der Zeit der Nep vorausgesagt haben.

In der Sowjetunion wachsen vor unseren Augen Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Aber eben nur Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, noch nicht der Sozialismus selbst.

Vierzehn Jahre der Bürgerkrieges und der Hungersnot, der Entbehrungen und des Terrors haben furchtbare Spannungen im russischen Volk erzeugt. Fiele heute die Diktatur, so würden sie sich in entsetzlichem Ausbruch entladen. Aus blutigem Bürgerkrieg zwischen Weißen und Roten würde nicht die Demokratie hervorgehen. Aber alles, was um unsäglich hohen Preis an Elementen einer sozialistischen Gesellschaft aufgebaut worden ist, würde zerstört werden.

Der Sturz der Diktatur würde das Schicksal Rußlands der Bauernschaft, der großen Mehrheit der Völker der Sowjetunion, überantworten. Der Bauer würde vierzehn Jahre gewaltsamer Requisition seines Arbeitsertrages, vierzehn Jahre der Preisschere, er würde die gewaltsame Kollektivierung, er würde alle die blutigen Grausamkeiten der Entkulakisierung furchtbar rächen. Die Bauern der Sowjetunion stehen heute kulturell und politisch kaum höher als jene französischen Bauern vor achtzig Jahren, von denen Karl Marx geschrieben hat: „Sie sind unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent, geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt.“ Diese autoritäre Vertretung der Bauern, diese unumschränkte Regierungsgewalt, die auf die Bauernschaft gestützt, die Revolution liquidierte und alles, was die Bauernschaft in der Revolution gelitten hat, rächte —, das wäre, was man vor achtzig Jahren den Bonapartismus genannt hat und heute den Faschismus nennt. Wenn die rote Diktatur in wirtschaftlichen Erschütterungen zusammenbräche, dann würde nicht die Demokratie ihr Erbe antreten, sondern die weiße Diktatur.

Die Erfahrung der letzten drei Jahre gibt mir die Hoffnung, daß es einen anderen, aussichtsreicheren Weg zur Demokratisierung der Sowjetunion gibt.

Marx und Engels haben uns gelehrt, daß die soziale Basis aller modernen Diktaturen

ein Zustand des Gleichgewichtes der Klassenkräfte war. Wenn sich die Klassengegensätze auf das äußerste verschärfen und doch keine Klasse mit der anderen fertig werden kann, dann werden schließlich alle Klassen gleich machtlos der Gewalt, die sie alle unterwirft, untertan.

Das gilt auch für Sowjetrußland. Vertritt die bolschewistische Diktatur das Proletariat, so vertritt sie es doch nur in derselben Weise, in der der Bonapartismus die französischen Bauern vertritt: als Vertreterin der Arbeiterklasse ist sie zugleich ihre Herrin, eine Autorität über ihr, eine unumschränkte Regierungsgewalt. Und diese unumschränkte Regierungsgewalt ist auch hier Resultat eines Zustandes des Gleichgewichtes der Klassenkräfte, der Kräfte der beiden großen Klassen der nachrevolutionären russischen Gesellschaft: des Industrieproletariats, das nur eine Minderheit der Bevölkerung Rußlands, aber die aktive, die revolutionäre, die bewaffnete, die in den Städten, den Zentren der Macht konzentrierte Minderheit ist, und der Bauernschaft, die eine passive Masse ist, aber eine Masse, deren zehnen hundertmillionhaften passiven Widerstand keine russische Regierung zu brechen vermag.

Nur die Diktatur kann dieser hundertmillionenköpfigen Masse die Agrarprodukte abzwängen, deren das städtische Proletariat zu seiner Ernährung bedarf. Nur die Diktatur kann andererseits dem städtischen Proletariat die schweren Opfer an Entbehrungen und Arbeitsmühsal auferlegen, die der Aufbau einer Industrie erfordert, welche die Bedürfnisse der Bauernschaft reichlich und wohlfeil zu befriedigen imstande sein soll.

Erst wenn es der Diktatur gelungen sein wird, die Produktivkräfte der Landwirtschaft so zu heben, daß der Ernteertrag den Eigenbedarf der Bauernschaft weit übersteigen wird, erst wenn es der Diktatur andererseits gelungen sein wird, eine gewaltige, hochrationalisierte, mit hoher Arbeitsintensität arbeitende Industrie zu entwickeln, die den Bedarf der Bauernschaft reichlich und wohlfeil zu befriedigen imstande sein wird, erst dann wird der Bauer die Ueberschüsse seiner Ernte willig gegen die Erzeugnisse der Industrie austauschen. Erst dann wird der Gütertausch zwischen dem Industrieproletariat und der Bauernschaft nicht mehr des Druckes der Gewalt auf beide Klassen bedürfen.

Nur in dem Maße, als es der Diktatur gelungen wird, die landwirtschaftliche und die industrielle Produktion Jahr für Jahr zu heben, Stadt und Land von Jahr zu Jahr reichlicher mit Agrar- und Industrieprodukten zu versorgen, die drückende Armut, in der Stadt und Land leben, zu überwinden, nur in diesem Maße werden sich die furchtbaren Spannungen im russischen Volkskörper lösen; nur in diesem Maße wird es möglich werden,

allmählich, schrittweise die Fesseln der Diktatur zu lockern, ohne daß ihre Lockerung zu wilden elementaren Ausbrüchen führt, die mit dem System selbst alles, was es an Elementen einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung aufgebaut hat, zerstören würden.

Indem die Diktatur ihre wirtschaftlichen Funktionen erfüllt, schafft sie selbst erst die Voraussetzungen dafür, daß sie wird allmählich, schrittweise überwunden werden können, ohne daß mit ihr die sozialistischen Resultate ihre Wirkens zerstört werden.

Wir müssen heute anerkennen, daß die russische Revolution nicht nur die Reste des Feudalismus ausgerottet hat, sondern wesentliche Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aufgebaut. All das, was dort an Sozialistischem geschaffen worden ist, müssen wir verteidigen, all dessen weitere Entwicklung müssen wir fördern. Wir wollen nicht Anwälte der rückständigen Schichten der russischen Arbeiterklasse sein, die sich gegen die Opfer auflehnen, die der Aufbau einer nationalisierten Produktion erheischt. Wir wollen zu den vorgeschrittenen, von sozialistischer Gesinnung, von höchster sozialistischer Opferwilligkeit erfüllten Schichten der russischen Arbeiterklasse sprechen, die auf den Aufbau der gesellschaftlichen Produktion ihre Hoffnung setzen. Ihre Leistung wollen wir bejahen. Zu den Opfern, die sie bringen, wollen wir sie ermutigen. Ihre Zuversicht wollen wir stärken. Aber wir wollen ihnen andererseits bringen, was ihnen noch fehlt: das große demokratische Erbe des Glaubens an die Freiheit. Wir wollen sie lehren, daß es ohne das heilige Recht des einzelnen, frei für seine Ueberzeugung zu werben, und ohne das heilige Recht der Gesamtheit, im freien Wettkampf der Ueberzeugungen ihre Entschliessungen zu fassen und durch sie frei ihr Geschick zu bestimmen, keinen Sozialismus geben kann. Wir wollen sie ermutigen zu weiterem Bau an dem großen Werk der Staatsindustrie; aber wir wollen sie zugleich aufrufen, den Staat, der die Industrie beherrscht, aus einer autoritären Gewalt, die über ihnen steht, in ihr Organ, in ein Organ eines freien Volkes zu verwandeln.

Wir sind Demokraten und Sozialisten. Aber nicht kleinbürgerliche Vulgärdemokraten, die die Demokratie in Gegensatz zum Sozialismus und über den Sozialismus setzen und um der Demokratie willen alles, was die Revolution an Elementen des Sozialismus geschaffen hat, gefährden oder gar preisgeben möchten. Wir sind Demokraten um des Sozialismus willen. Wir dürfen darum nicht den sprunghaften Umschlag der Diktatur in die Demokratie fordern; das würde ja mit der Zerstörung wertvollster sozialistischer Elemente bezahlt. Aber wir müssen das russische Proletariat rufen, daß es sich immer in dem Maße, als dies jeweils geschehen kann, ohne die sozialistischen Resultate der Diktatur in Gefahr zu bringen, schrittweise den Abbau des Terrors, schrittweise die Demokratisierung des Systems, schrittweise die Wiederherstellung der individuellen Freiheitsrechte, die Wiederherstellung der geistigen Freiheit des einzelnen und des kollektiven Selbstbestimmungsrechtes der Gesamtheit erringe.

Reparaturen, Schulden, Krise

Frankreichs Standpunkt Note für Basel — Nur vorläufige Regelung

Paris, 8. Dezember (Havas)

Zur Eröffnung der Arbeiten der Beratenden Sonderausschusses in Basel hat die französische Regierung den beteiligten Regierungen ihre Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt. Sie ist der Auffassung,

daß irgendeine Aenderung der im Young-Plan festgelegten Grundsätze nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich ist, von der Deutschland Nutzen haben würde.

Da die Weltkrise die deutsche Zahlungsfähigkeit zum Teil erklärlich erscheinen läßt, erkennt Frankreich die Notwendigkeit an,

dem Reich zu Hilfe zu kommen und wird dem Geiste des kürzlich in Washington veröffentlichten Communiqués entsprechen.

Hinsichtlich der Arbeiten des Baseler Ausschusses hat sich Frankreich seine Handlungsfreiheit bewahrt, da ihm der Text der deutschen Forderung nicht zu endgültiger Einwilligung unterbreitet worden ist. Es prüfte die Notwendigkeit, das gegenwärtige Moratorium im Geiste von Zugeständnissen an die deutsche Lage zu verlängern:

Frankreich besteht jedoch auf der Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen, da kein Beweis dafür gegeben ist, daß Deutschland ständig in einem Krisenzustand bleiben wird.

Im Hinblick darauf, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht geeignet sind, um eine endgültige Prüfung vorzunehmen, kann sich die gegenwärtige Untersuchung nur mit einer vorübergehenden Lage beschäftigen und durch nur einstweilige Maßnahmen Abhilfe schaffen.

Erst in einer späteren internationalen Konferenz wird man dann die Zahlungsfähigkeit zu prüfen haben.

Die französische Regierung lehnt es ab, die Priorität der kurzfristigen Schulden anzuerkennen, bemerkt aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte steht, denn Reparationen und Privatschulden sind nur Elemente des Fundamentproblems der Zahlungsfähigkeit und der Achtung vor den Verbindlichkeiten. Schließlich betont die französische Regierung die Notwendigkeit, daß der Beratende Sonderausschuß für die Zurückführung der ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien eintritt.

Vertagung in Basel

Die Frage der Öffentlichkeit

Basel, 7. Dezember

Der Beratende Ausschuß hat sich nach der Eröffnung der Sitzung vertagt, ohne vorläufig eine neue Sitzung anzuberaumen. Wie man hört, fanden am Nachmittag private Besprechungen zwischen einzelnen Mitgliedern des Ausschusses statt, die, Verlautbarungen aus Kreisen des Ausschusses zufolge, hauptsächlich der Beratung noch unerledigter formaler und technischer Vorfragen galten, so zum Beispiel der Frage, in welcher Form die Öffentlichkeit über den Verlauf der Sitzungen unterrichtet werden soll. Da die Sitzungen des Ausschusses nicht öffentlich sind und die Beratungen vertraulichen Charakter tragen, ist diese Frage von größter Bedeutung, und zwar schon im Hinblick auf das große Interesse, das die Weltöffentlichkeit den Arbeiten dieses Ausschusses entgegenbringt.

In den Gewerkschaften gärt es

Aus Hannover wird uns geschrieben: Der Ortsausschuß des ADGB-Hannover hatte zu einer von etwa 1000 Funktionären besuchten Kundgebung „Gegen neuen Lohn- und Gehaltsabbau und Verschlechterung der Sozialversicherung“ eingeladen. Kollege Albin Karl, einer der Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, sprach zu dem Thema durchaus sachlich und es wurde eine schon vor einigen Tagen von den Bezirksvorständen des ADGB, des ADB und des Afabundes an die Regierung abgegebene Erklärung ohne Widerspruch gutgeheißen. Bei der Schließung der Versammlung forderte der Bevollmächtigte des Baugewerksbundes, Ortsverwaltung Hannover, die Anwesenden auf, aktiver zu sein und den Gewerkschaftsführern die Macht zu größerem Wirken zu geben. Das rief den starken Unwillen der Versammlung hervor. Es wurde ihm zugerufen, die Macht hat ihr, nutzt sie aber nicht aus. Ihr seid schuld an der schlechten Lage usw. Der Vorgang zeigt, daß noch nicht einmal die Gewerkschaftsführer, welche täglich mit den Mitgliedern zu tun haben, über die Stimmung in den Gewerkschaften unterrichtet sind. Was ist erst von den an den Spitzen stehenden Führern zu verlangen?

Hier zeigt sich auch ein Tätigkeitsfeld für SAP, Aufklärung zu schaffen. Interessant waren die Bemerkungen der Versammlungsteilnehmer, die sie unter sich machten, wie etwa, das kann er anderswo sagen, aber nicht den Funktionären, oder, wenn wir zu sagen hätten, dann wäre es anders. Wie lange wird es noch dauern, bis die Gewerkschaften durch die Mitglieder gezwungen werden, den reformistischen Weg zu verlassen?

Auch die Buchdrucker rebellieren

Aus Breslau wird uns geschrieben:

In einer stark besuchten Versammlung der Buchdrucker hat der Genosse Ziegler einen Bericht über den Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. gegeben, der mit großem Interesse und lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Anscheinend hat die Ortsverwaltung Breslau des Buchdruckerverbandes über diese Ausführungen an das Organ der Buchdrucker, den „Korrespondent“, berichtet. Aus der folgenden Entschliessung geht hervor, daß dieser Bericht von der Redaktion des „Korrespondent“ zusammengestrichen worden ist. Die Entschliessung lautet:

„Die am 2. Dezember im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses tagende überfüllte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Breslau im Verband der Deutschen Buchdrucker protestierte mit aller Entschiedenheit gegen die willkürlichen Streichungen der Ortsvereinsberichte durch die „Korrespondent“-Redaktion.

Diese Streichungen sind nicht durch raumtechnische Gründe bedingt, sondern stellen politische Zensurmaßnahmen dar. In der Versammlung des Ortsvereins, über die im „Korrespondent“ vom 25. November berichtet wurde, haben gerade die Ausführungen und die Kritik des Kollegen Ziegler über den ADGB-Kongreß die volle Aufmerksamkeit und den besonderen Beifall der Breslauer Kollegenchaft gefunden.

Es muß auf das schärfste verurteilt werden, daß der Bericht über die Ausführungen des Kollegen Ziegler derart zusammengestrichen wurde, daß der Kollegenchaft im Reich die kritische Stellungnahme des Referenten und der Breslauer Mitgliederschaft vorzuenthalten bleibt, was aus Gründen der Objektivität aufs tiefste zu bedauern ist.

Die Breslauer Kollegenchaft verlangt, daß in Zukunft eine derart einseitige Stellungnahme des „Korrespondent“ unterbleibt und auch kritischen Stimmen im „Korrespondent“ Raum gegeben wird.“

Der preußische Staatsrat wird am Freitag zu einer Sitzung zusammentreten, um die Vorlagen über die Rechtsverhältnisse der Studenten und die Disziplin auf den Staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen sowie die preußische Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes zu beraten.

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Stralsund

Die SPD läßt „linke“ Führer sprechen. Die hiesige SPD kündigt für den kommenden Sonntag den Reichstagsabgeordneten und Stadtrat Dr. Löwenstein, Berlin, als Redner an. Er soll sich mit der politischen Lage beschäftigen und die Tolerierungspolitik verteidigen, da die Unzufriedenheit der SPD-Mitglieder immer größer wird. Wir sind ja alle mit der Politik der Partei unzufrieden, aber wir dürfen die Partei nicht verlassen, sagen die Funktionäre. Deshalb verschreibt man sich einen „oppositionellen“ Abgeordneten. Die SPD-Presse kündigt diesen „Führer“ wie folgt an: „Gen. Löwenstein, der gleichzeitig Reichsvorsitzender der AsL und der Kinderfreunde Deutschlands ist, ist mit einer der führenden Genossen in allen Fragen der weltlichen Schulen und des Erziehungswesens überhaupt. Bei den bekannten Abstimmungen über den Panzerkreuzer gehörte L. zu den neun Oppositionellen innerhalb der Reichstagsfraktion. Wie wir hören, wird der Gen. L. auch vor allen Dingen auf die Spaltung der Partei eingehen. So verspricht der Abend außerordentlich interessant zu werden.“ Also er will anscheinend seinen Umfall vor dem Parteivorstand erklären und mit „Überzeugung“ feststellen, daß kein Meinungssturz mehr in der SPD besteht. Ja, ja, es geht nichts über solche „linken“ Vorstandstreuen, denen die nötige Zivilcourage fehlt, wenn es heißt, Mut aufzubringen und seine Handlungsweise zu rechtfertigen. Wie war es doch vor etwa Jahresfrist? Damals wurde Löwenstein ebenfalls einmal mit großer Prämie für Stralsund angekündigt. Aber damals war er anscheinend dem Parteiparagrafen noch gefährlich, weil er zu den wirklichen Oppositionellen gehörte. Damals verbot der Bezirksvorstand Pommerns das Gastspiel Löwensteins in Stralsund. Warum? Die Parteigenossen, mit ganz wenigen Ausnahmen, haben es nicht zu wissen bekommen. Heute darf Löwenstein sprechen, weil er mit dem Apparat durch dick und dünn geht und nur dazu gut genug ist, die Mitglieder bei der Stange zu halten. Die Stralsunder Arbeiterschaft wird aber in einigen Wochen Gelegenheit haben, die wahren Gründe der Parteispaltung aus berufenem Munde zu hören. Leuten wie Löwenstein glaubt man nicht mehr, da sie ihre eigenen Kampfgenossen in der Opposition verlassen haben, weil ihm der Mut zur Tat fehlte.

Die reichswehrfreundliche SPD-Presse. Mancher Arbeiter, der heute noch den „Vormommer“ liest, wird sich wundern, daß er bald keine sozialistische Berichterstattung mehr wahrnehmen kann. Wenn die bürgerliche Presse über Beförderungen und Versetzungen von Offizieren der hiesigen Reichsmarine berichtet, ist es zu verstehen. Wenn aber die sozialdemokratische Presse die Mitteilung in gleicher Aufmachung abdruckt, so schüttelt man einfach den Kopf. Oder sind die Beziehungen zwischen SPD-Presse und der hiesigen Marineleitung so eng? War der Herr Kapitänleutnant Schiller etwa ein „überzeugter“ Republikaner oder etwa schon Sozialdemokrat? Beides wird wohl nicht stimmen. Severing forderte ja vor kurzem wieder öffentlich zur Gewinnung der Wehrmacht für die Republik auf. Also alles wegen der Staatspolitik. Die Arbeiterpolitik kann dafür ruhig vor die Hunde gehen. Lieber mit Groener als mit der Arbeiterschaft! Arbeiter, die ihr noch Klassenbewußt sind, wollt ihr eine derartige Presse noch weiter lesen? Wir sozialistischen Arbeiter sagen nein! Fort mit der Reichswehr! Ist unsere Parole. Kämpft mit uns in der SAP für eine sozialistische Politik und lest die Presse unserer Partei, die SAZ, die SWZ und den Klassenkampf. Sie sind die Organe der Klassenbewußten Arbeiterschaft und sind täglich am Zeitungsverkaufstand, Heiligegeiststraße 22, zu haben.

Vortragsabend der Friedensgesellschaft. Die hiesige Gruppe veranstaltet Freitag, den 11. Dezember, im „Vereinshaus“, Böttcherstr. Nr. 29, einen Vortragsabend. Journalist Hubert Frank, Paris, spricht über „Das moderne Frankreich — seine Führer und Ziele.“ Alle Mitglieder der SAP und deren Angehörigen sowie die Leser der SAZ sind eingeladen. Die Einführung weiterer Gäste und Interessenten ist erwünscht. Der Vortrag dürfte sehr stark interessieren.

Die „Sektion Gesundheitswesen des Gesamtverbandes“ veranstaltet einen gut besuchten Werbeabend. Er bestand aus gemütlichem Beisammensein und Tanz. Die Festrede hielt der Gauleiter Ostwald, Kolberg, SAP-Abgeordneter des Landtags. Die Sektion konnte mehrere neue Mitglieder buchen. Ob gerade dieser Weg der Werbung für eine freigewerkschaftliche Organisation richtig ist, dürfte allerdings stark zu bezweifeln sein. Durch solche Werbeveranstaltungen tritt der Kampfcharakter der Gewerkschaften immer mehr in den Hintergrund. Gewerkschaften sind Klassenkampforganisationen und keine Vergnügungsvereine!

Jarmen

Arbeiter werden brotlos. Die hiesige Zuckerfabrik hat die diesjährige Sompagne beendet. Die Dauer der Sompagne war infolge des geringen Anbaus von Zuckerrüben um etwa zwei Wochen verkürzt. Es wurden durch diese kapitalistische Maßnahme 600 000 Zentner Rüben weniger verarbeitet. 300 Arbeiter sind dadurch wieder brotlos geworden und liegen auf der Straße.

Demmin

Die Berufsschule wird geschlossen. Da die Stadtverwaltung sich weigert, die bisher nebenamtlich beschäftigten Lehrkräfte anzunehmen,

Rötlicher Sonntag in Stettin

Volkshochschule — Kurt Heijng (Mdr der SPD) spricht über „Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts“ in einem sechsstündigen Wochenendkursus. Im sachlichen Teil recht klar und gut, in der durch die Diskussion entfesselten Rußland-Debatte: eindeutiger, rechter SPD-Standpunkt. Auch sonst brachte die Diskussion manches Nette. So meinte Heijng: „In der Theorie lösen sich alle Fragen leicht auf, in der Praxis bleibt aber immer ein Rest. Wer diese Grundtatsache nicht weiß und nicht versteht, der gründet eine neue Partei.“ Diese neuen Parteien müssen immer sehr radikal sein, um das revolutionäre Gemüt ihrer Mitglieder zu beruhigen.

Am selben Tag AFA-Konferenz. Gesamtstimmung: gegen die bevorstehende Notverordnung muß gekämpft werden. Wir haben schon genug und zuviel toleriert. Angriff auf Lohnhöhe und Tarifrecht darf nicht angestastet werden. Generalsekretär Göring sprach auch in öffentlicher Kundgebung Sonntag vormittag diese Gesamtstimmung unter Beifall des überfüllten Hauses aus.

Am selben Vormittag Kundgebung der SPD. Polizeipräsident Grzesinski spricht. Parallelversammlung notwendig. Im ganzen etwa 2000 — und dazu enttäuschte — Hörer. Das Thema hieß „Kampf um Arbeit und Freiheit“. Aber darüber sprach der Referent nicht. Er las aus seinem Manuskript seine Verdienste für die Arbeiterschaft in Stettin 1919 und später beim Kapputsch. Ganz stolz verkündete er, daß die Nazis groß geworden seien, indem sie Anleihen bei der SPD gemacht hätten. So steht es im „Volkboten“: „Seien sie überzeugt, daß das sozialdemokratische Wollen und Handeln den Interessen der Mehrheit des Volkes am besten dient. Was die Sozialdemokratie in den letzten zwölf Jahren getan hat, davon ist nichts zurückzunehmen. Vielleicht hätte sie in manchen Dingen taktisch anders handeln können, doch im großen und ganzen ist das, was sie vollbracht hat, richtig gewesen. Wäre es anders, — warum hätten dann unsere Gegner so viele unserer Forderungen übernommen? Erst mit Hilfe dieses Diebstahls und mit Hilfe amerikanischer Organisationsmethoden haben doch die Nationalsozialisten ihre Erfolge erringen können. Mit ihrem verworrenen Programm hätten sie keinen Hund hinter dem Ofen hervorgehockt, geschweige denn Wähler gewonnen.“ So gab er endlich zu, daß das Anwachsen der Nazis auf die SPD zurückzuführen ist, und seine ganze Antwort war schließlich die Frage nach dem „zweiten Mann“ für alle Organisationen, die der SPD nahestehen. Er deutete an, daß weiter toleriert werden müsse, und meinte auch „Hitler in der Regierung ist nicht unvermeidlich“. Auf Zwischenrufe ging Grzesinski nicht ein — und Diskussion gab es nicht.

stellen, wird die Berufsschule zum Januar geschlossen. Die Regierung in Stettin hatte die Anstellung gefordert. Kaufmannschaft und Innungsausschuß hatten die Forderung der Regierung abgelehnt.

Tribsees

Verhaftung. In der Mordsache an den KPD-Führer Braun in Bad Sülze in Mecklenburg wurde der hiesige Konditorgehilfe Karstadt von der Rostocker Kriminalpolizei verhaftet und nach dort transportiert. Braun wurde vor einiger Zeit von Nazis ermordet.

Hammermühl

3000 RM. Postgelder geraubt. Einem hiesigen Posthelfer kam bei der Abfertigung des Abendgutes ein Postbeutel mit rund 3000 P.M. Inhalt abhanden. Der Postbote hatte für die Zeit, da er anderes Gepäck in den Zug reichte, den Geldbeutel zwischen seinen Füßen auf die Erde gelegt; als er nun auch diese Postsache dem Zugbeamten übergeben wollte, war der Geldbeutel verschwunden. Vom Täter fehlt jede Spur.

Hannover

Wie die oft zitierte „Überparteilichkeit“ des Reichsbanners aussieht, davon gibt ein Vorfall in der Ortsgruppe der „Republikanischen Motorradfahrer“ erneut Kenntnis. Der bisherige Vorsitzende der Ortsgruppe, dessen Aktivität es nicht zuletzt zu danken ist, daß die Ortsgruppe innerhalb zwei Jahren ihren Mitgliederbestand um 50 Prozent steigerte, der Genosse Tschierschke, trat sofort nach der Gründung der SAP zu uns über. Die Antwort der „überparteilichen“ Republikaner im Motorradklub, die ohne Zögern mit Zentrums- und Kirchenleuten, mit demokratischen Finanzgewaltigen und volksnationalen Landbühlern an einem Tisch sitzen: sie veranstalteten in einer schnell zusammenberufenen Mitgliederversammlung einen Sturm im Wasserglase gegen das schwarze Schaf und brachten ein Mißtrauensvotum gegen ihren Vorsitzenden ein... Wenn er wenigstens zum Zentrum gegangen wäre oder Ehrenmitglied im Jungdeutschen Orden geworden, das hätte man ihm verziehen, wie vielen anderen auch, aber zu einer Arbeiterpartei gehen — nein. Dieses Verbrechen können sich Republikaner nicht bieten lassen. Allerdings kam die Generalanklage zu spät. Genosse Tschierschke legte in einer scharfen, jedoch sachlichen Erklärung, die sich gegen die ganze verfehlte Politik des Reichsbanners und der SPD

Nachmittags noch zwei rötliche Veranstaltungen. Da gaben die Kinderfreunde eine „Feier mit unseren Freunden“. Was man da bot, war bestimmt nicht klassenkämpferisch. Zu langer Kritik fehlt hier leider der Raum. Drum lassen wir wieder den „Volkboten“ sprechen, der entzückt, folgendes schreibt: „Im weiteren Programm folgte ein Falkenspiel „Am Marterspahl der Sioux“, im Anschluß daran der Clou der Veranstaltung „Micky-Mäuse tanzen“. (Diese Hugenbergreklame war wohl wegen der Gerüchte um die guten Geschäftsbeziehungen des „Volkverlages“ zur deutschen Nationalen „Pommerschen Tagespost“ als Beweis nötig. Doch darüber ein andermal.) Die Nestfalken in glänzender Kostümierung lösten mit ihren Tänzen immer wieder helle Begeisterung aus. Nicht unerwähnt soll die Einzeldarbietung eines roten Falken bleiben, der Richard Tauber kopierte und hiermit starken Applaus erntete.“ Und wieder — an diesem sachlichen Beispiel — fragen wir: Ist das etwa sozialistische Jugenderziehung?

Aber fast noch beschämender für den Klassenbewußten Jugendgenossen war der Werbeabend der Freien Gewerkschaftsjugend. Neben leichter Musik im ersten Teil gab es blöde bürgerliche Gedichtchen über den Kuß und den Rat, welchen Mann man heiraten müsse. Fritz-Reuter-Gedichte waren dagegen annehmbar. Dann kam zweiter Teil: „Unser Kampf.“ Da trat „Die Ballonmütze“, das Kabarett der SPD, auf. Besser kann man nicht beweisen, wie hohl und geistlos, wie wenig schlagkräftig die SPD in Wirklichkeit ist. Ganz dumme bürgerliche Witzen von „unmoralischen Pfaffen“ wurden da erzählt — und das unter dem Thema „Unser Kampf“. Dennoch war es ganz bezeichnend, daß in dem Kabarett offene SPD-Reklame gemacht wurde, denn die SPD kann dazu wirklich „unser Kampf“ sagen. Daß das Publikum bei so etwas noch Beifall zollt, ist das eigentlich Bedenkliche. Vor Beginn der „Ballonmütze“ wurde ein ausgezeichnetes Kampfgedicht sehr gut gesprochen. Ein Film vom „Fest der Arbeit“ brachte etwas Kampfstimmung in das Programm. Und als gut erwähnenswert ist der Bewegungschor, dessen ausgezeichnete Vorführung vom Kampf der Arbeiterklasse ein Lichtblick im öden Programm war. Dann der unvermeidliche Teil „Unsere Freude“ — mit 72 Moralpredigten vom schönen Wandern und dem schlechten Jungens, der noch abseits steht, mit Happy-end, ein Stück, daß die bürgerliche Jugendbewegung 1920—22 aufgeführt hat. Alles in allem: Die Aufgaben unserer Werbung liegen woanders. Die Verflachung, die hier zum Ausdruck kam, ist erschreckend. Gerade von der Jugend müßte auch in der Gewerkschaftsbewegung der revolutionäre Wille gefördert werden. Wir haben nicht das vorzuhampeln, was für gebildetes Bürgertum schon überwunden und anrüchlich ist. Wir sind sozialistische Klassenkämpfer!

wandte, seinen Vorsitz von selbst nieder und erklärte seinen Austritt aus der „überparteilichen“ Organisation, die den ehrlichen Arbeitern nur Enttäuschungen bringen kann. Bravo! — Aber den Reichsbannerarbeitern zum Nachdenken: wer nach rechts geht, bleibt im Reichsbanner trotzdem gern gesehen, wer zu einer Partei geht, in der sozialistische Arbeiter zusammengeschlossen sind, der wird von der „überparteilichen“ Organisation hinausgeworfen...

Bielefeld

Eine Bezirkskonferenz des Bezirks Westfalen-Nord der SAP (Regierungsbezirk Minden) fand am Sonnabend im Restaurant Kamp statt. Das Referat hatte Genosse W. Decker, Dortmund (Mitglied des Hauptvorstandes), übernommen, der über „Weg und Ziel der Sozialistischen Arbeiterpartei“ sprach. Seine klaren und eindrucksvollen Ausführungen, welche auch die schweren Schäden der Tolerierungspolitik der SPD für die Arbeitnehmer aufzeigten, fanden die ungeteilte Zustimmung der erschienenen Genossen und lösten eine ausgedehnte Diskussion aus. Es kam der entschiedene Wille zum Ausdruck, mit allen Kräften für die Einigung des Proletariats ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit zu kämpfen. Es wurde sodann ein vorläufiger Agitationsbezirksausschuß von 9 Mitgliedern gewählt, und zwar besteht der engere Vorstand aus 4 Genossen, sodann je ein Genosse für Presse, Gewerkschaften, Kulturrichtungen, Jugend und Frauen. In nächster Zeit wird ein Funktionärkursus durchgeführt werden. Mehrere Neuaufnahmen bzw. Übertritte waren zu verzeichnen, und es besteht gute Aussicht, allen Angriffen, Verdächtigungen und persönlichen Angriffen zum Trotz unseren Mitgliederbestand zu erweitern. Das Vorgehen Severings gegen die Freidenkerbewegung (Nr. 20 v. 1. 12. 31 des „Freidenker“) wurde scharf verurteilt.

Dortmund

Schlechte Finanzlage der Stadt. Trotz aller bisher zur Sicherung der Gemeindehaushalte erlassenen Notverordnungen lassen sich die Finanzschwierigkeiten der Großstadt infolge anhaltender Einnahmerückgänge und wachsender Wohlfahrtsausgaben kaum noch meistern. Die städtische Finanzverwaltung rechnet schon jetzt damit, daß die im laufenden Haushaltsplan eingesetzten Steuereinkommen teilweise recht erheblich hinter den Ansätzen zurückbleiben. Das Aufkommen aus

der Gemeindesteuer wird voraussichtlich etwa 8,4 Millionen weniger betragen, als angenommen war. Der Einnahmeausfall bei der Grunderwerbssteuer wird auf etwa 300 000 Mark und aus der Gewerbesteuer auf etwa 1,2 Millionen geschätzt. Die Finanzschwierigkeiten der Stadt traten am letzten Ultimo wieder einmal offen zutage. Verschiedene Kassenkredite waren abgelaufen, die teilweise verlängert werden konnten. Um über die sich im Frühjahr voraussichtlich ergebenden Schwierigkeiten hinwegzukommen, wird die Stadt gezwungen sein, einen Kassenkredit von etwa 4 Millionen Mark aufzunehmen. Der Wohlfahrtsset ist noch wie zuvor das Schmerzenskind des Stadthaushaltes. Infolge Anwachsens der Wohlfahrtsverlosenziffern ist mit einer Mehrausgabe von 2,3 Millionen Mark zu rechnen.

Unna

Eine Höllenmaschine explodierte im Postgebäude. Samstag abend, kurz vor Schalter-schluß, explodierte in den Schalterräumen der Post an der unteren Bahnhofstraße eine Höllenmaschine. Durch die heftige Detonation und die bis zur Decke schießenden Feuerfarben erschreckt, flüchtete das Publikum panikartig durch Fenster und Türen ins Freie. Ein junges Mädchen erlitt Brandwunden an beiden Beinen und einer der diensttuenden Beamten einen Nervenzusammenbruch. Man nimmt an, daß es der bzw. die Täter auf die Postkasse angesehen hatten. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort von der Landeskriminalpolizei aufgenommen.

Kassel

Eine Abbauwelle des Hessischen Bezirksverbandes Kassel. Der Bezirksverband Kassel bringt allerlei Enthüllungen über die Vergütungen seiner Angestellten zutage. Nicht allein die reichsgesetzlichen Kürzungen nimmt er vor, sondern auch Abbau der Arbeitszeit um ein Drittel und demzufolge auch ein Drittel Gehaltskürzungen ordnet er an. Der „gerechte Landeshauptmann“ sieht sich zu seinem Bedauern genötigt, den so wie so schon unter dem Durchschnitt beschäftigten Angestellten zu kündigen. Die Wiedereinstellung kann erfolgen, wenn sich die Angestellten mit den Kürzungen einverstanden erklären. Der Landeshauptmann sollte erst andere ihm in erster Linie zur Kürzung verfügbare Quellen untersuchen und nicht immer zuerst bei den Aermsten der Aermsten anfangen zu sparen. Wir glauben in diesem Zusammenhang einmal auf das Kapitel „Dienstreisen der Bauamtsvorstände“ aufmerksam machen zu müssen, ohne auf die Einkünfte dieser Herrn im Gegensatz zur Arbeitsleistung einzugehen. Die Bruttovergütungen dieser Angestellten bewegen sich nach diesen Kürzungen nur noch zwischen 80 und 90 Mark pro Monat, und hierzu sieht sich der Landeshauptmann geradezu genötigt. Er glaubt wahrscheinlich, durch diese Einsparungen den Bezirksverband zu retten, aber auch muß er hierbei sonst noch zu der Ansicht neigen, daß das Existenzminimum der Angestellten trotz dieser Kürzungen nach wie vor noch gesichert ist. Die technischen Angestellten haben diese Kürzungen ebenfalls bereits am 1. Dezember verspüren müssen. Neuerdings hat auch der SPD-Oberpräsident Haas eine Rückgruppierung der mittleren technischen Beamten angeordnet, aber an eine Rückgruppierung der immer noch gegenüber den Angestellten im Ueberfluß lebenden hohen Beamten hat der Oberpräsident nicht gedacht.

Rüsselsheim a. M.

Das Sport- und Kulturkartell, das aus langjährigem Dornröschenschlaf im vorigen Jahr wieder erwachte, scheint nach dem, was wir bis jetzt erleben, von besserem Geist beseelet zu sein als das alte Kartell. Nachdem es am 8. November d. J. durch eine größere Veranstaltung gezeigt hat, daß es über sehr gute Kräfte verfügt, hören wir jetzt, daß es auch während des Winters seine Bildungsarbeit fortsetzt, und zwar sind vorläufig zwei Vorträge vorgesehen, im Dezember der erste mehr organisatorischer Art, der zweite im Januar nächsten Jahres mehr kulturpolitischen Charakters. Es wird ein auswärtiger Genosse aus der Freidenkerbewegung einen Lichtbildervortrag halten über das faschistische Italien. Die Leitung des Kartells ist sich darüber im klaren, daß dieses Thema, angesichts des anschwellenden Faschismus in Deutschland, sehr aktuell sein wird, und die Rüsselsheimer Arbeiterschaft wird an Hand von Bildern und Worten den kultur- und sozialreaktionären Charakter des Faschismus näher kennen lernen.

Die Metallarbeiter hatten ihre Mitglieder zu einem Vortrag eingeladen. Sie hatten sich diesmal einen gutbeschlagnen Redner aus Frankfurt, den Koll. Stadtmüller, geholt. Der verstand es vortrefflich vorzutragen. Die Mitglieder, die beim nächsten Vortrag unbedingt noch zahlreicher erscheinen müssen, hörten mit größter Aufmerksamkeit zu. In der Diskussion wurde manches kritisch beleuchtet, was der Referent im Schlußwort auch größtenteils untertrieb. Man merkte, und dies tat gut, daß es auch Referenten gibt, die Kritik vertragen können und keine Allesbesserwisser sind. Nun aber noch eins: In der letzten Mitgliederversammlung hegten die Rüsselsheimer Metallarbeiter den Wunsch, einen Vortrag über Sowjetrußland zu hören. Wenn er auch diesmal zurückversetzt wurde, so ist doch nicht anzunehmen, daß aus irgendwelchen persönlichen Gründen dieser Vortrag ausfallen soll. Das Problem Sowjetrußland ist ein Weltproblem, also auch wert, von den Rüsselsheimer Metallarbeitern gehört zu werden. Die Rüsselsheimer Metallarbeiter warten darauf!

Ein Zug bleibt aus ...

Eine Erinnerung von Pogrom

Nebel liegt über dem Gebirge. Im Osten steigt ein brennendes Rot auf ...

Oben im Herrenhause des Rittergutes, das das Gebirgsdorf beherrscht, löst der Besitzer, ein pensionierter Minister, das Licht und begibt sich zur Ruhe. Seit seiner dreißigjährigen Amtstätigkeit leidet er dermaßen an nervöser Schlaflosigkeit, daß er sich allnächtlich Schläfrigkeit antrinken muß.

Unten in den Hütten ehemaliger Hofgänger, die durch Anschaffung rationeller und billiger arbeitender Maschinen brotlos wurden, ründen müde Frauen rußende Petroleumlampen an. Dann bereiten sie ihren Ehemännern und erwerbstätigen Söhnen das Morgengetränk und packen den Tagesproviant.

Kurz nach drei Uhr verlassen die Männer die warmen Zimmer und stapfen, gestützt auf derbe Knotenstöcke, rucksackbeschwert im Gänsemarsch in schmalen Gangbahnen durch tiefen, körmigen Schnee hinab zum Bahnhof, um — wie seit Jahr und Tag — zu den fünfzig Kilometer entfernten Arbeitsstätten zu fahren.

Schwer haben es diese Männer. Einst schufteten sie als landwirtschaftliche Arbeiter auf den Aeckern des Rittergutes. Verdrängt durch die Maschinen, suchten sie anderswo ein Unterkommen. Einige fanden Erwerb in Sägemühlen, bei Straßen- und Bahnbauten oder in der Forstwirtschaft. Das Gros aber war gezwungen, in die Großbetriebe in der Nähe der Städte arbeiten zu gehen. Die Wohnungsnot zwang sie Abend für Abend ins Dorf zurück. Deshalb verlassen sie tagaus, tagein in den ersten Morgenstunden ihre Hütten, marschieren eine Stunde und mehr zum Bahnhof am Strome, fahren fünfzig Kilometer, laufen zur Arbeitsstätte, arbeiten zehn Stunden, traben dann zum Bahnhof zurück und kommen spät abends ins Dorf zurück.

Da stehen die Männer, die Hände tief in den Manteltaschen vergraben, die Mützen über die Ohren gezogen, in klirrender Kälte — das Thermometer zeigt 20 Grad unter Null! — auf dem vereisten Bahnsteig und warten auf den fälligen Zug.

Kameraden aus den Nachbarorten sind zeitiger gekommen. Sie sitzen in der kleinen überheizten Wartehalle.

Der Zug hat Verspätung. Die schwarze Tafel an der Bahnmeisterei kündigt, daß Zug Nr. 2531 von Richtung Reichsgrenze voraussichtlich vierzig Minuten später eintreffen werde.

Gleichgültig nehmen die Männer das auf. Eine Stunde haben sie Zeit. Noch immer kommen sie dann rechtzeitig zum Schichtbeginn. Sie laufen umher, treten sich die Füße warm, reiben die frostgewohnten Fäuste, ziehen die Schultern ein und warten ...

Eine Stunde vergeht. Der neue Tag trumpft vollends über die sterbende Nacht. Der Fahr diensthabende kommt über die Geleise gelaufen:

„He, meine Herrschaften! ... So bedauerlich das einmal ist ... ich muß Ihnen bekannt machen, daß — wie mir soeben das Bahnbetriebsbüro meldete — der fahrplanmäßig 4 Uhr 30 Minuten abgehende Zug Nr. 2531 infolge großer Schneeverwehungen im Grenzgebiet nicht verkehren wird! ... Der nächste Zug wird voraussichtlich in achtzig Minuten eintreffen! ... Vor 7 Uhr wird keine Transportmöglichkeit nach den Städten sein! ...“

„... Es ist unnütz, nach Autobussen zu laufen! ... Der Kraftverkehr liegt still! ... Die Schofföre streiken noch immer! ...“

Die Männer murren, als sie das hören. Stimmen werden laut. Erregt ruft jemand: „Das ist zum Kuckuck holen, diese Schweinerei! ... Drei geschlagene Stunden warten! ... Drei Stunden in dieser Kälte! ... Oh!“

„Wer löst unsere Kameraden an den Maschinen ab? ... Wer vergütet uns die entfallende Arbeitszeit? ... Wer entschädigt uns für all die Unannehmlichkeiten, die uns durch diese Schweinerei entstehen? ... He?! ...“

„Wo sollen wir warten? ... Etwas hier auf dem Bahnsteig? ... Bei dieser hundsgemeinen Kälte! ... Sollen wir uns obendrein unsere Knochen erfrieren? ... Mutet man uns etwa zu, uns wie Tiere in die winzige Wartehalle zu pferchen? ...“

„He! ... Wird es sich auszahlen, heute noch arbeiten zu fahren? Vor Mittag kommen wir nicht an ... in vier Arbeitsstunden schufteten wir nur für Abgaben! ... Warten ist unnütz! ... Los! Wer geht mit heim? ...“

„Was maulet du? ... Vergiß deine Arbeitsgenossen nicht! ... Sie warten nach der lausigen Sonntagdoppelschicht sehnsüchtig auf Ablösung! ... Nein und abermals nein! ... Wir können nicht heimgehen hinter unsere warmen Öfen! ... Wir müssen warten! ...“

„Ach was! ... Schönes Gefasel von Kollegenpflicht! ... Andere, die näher am Werke wohnen, werden sie ablösen! ... Ich gehe zu Muttern! Da wartet auch wichtige Arbeit! Meinetwegen wartet! ... Servus! ...“

„Laufe nur zu! ... Aber, vielleicht wartest du einmal auf deine Genossen! Dann wandere dich nicht, wenn sie Gleiches mit Gleichem vergelten! ...“

„Kinders, zankt euch nicht! ... Keine Menschenseele hat Schuld an der Verspätung! ... Daß die Züge der verdammten Schneeverwehungen wegen nicht verkehren können, läßt sich nicht ändern ... Da heißt es abwarten und ... Tee trinken! ...“

„Du Schächer! ... Tee müssen wir nicht gerade schlürfen! ... Jedoch — im Freien können wir nicht bleiben! — ich schlage vor, wir schlagen die Zeit bei einem Männerkat in der Wirtschaft am Fährhaus tot ... Auf, ihr Leute! ... Zu einem Glas Bier im Warmen! ... Ha, ha, ha, ha ... a ...“

Einige steigen bergauf, ihren Hütten zu. Andere traben nach dem Fährhaus. Das Gros aber drängt sich in die Wartehalle. Dort klatschen sie wie alte Weiber über gute Freunde und Nachbarn.

Ein Streckenarbeiter schleppt gemächlich zwei Kisten Kohle herbei. Hernach füllt er den glühenden Ofen. Vernehmlich klappt er die Tür zu. Dabei schielt er nach irgendwen zum Fenster hinaus. Auf einmal räuspert er sich und spricht unvermittelt:

„Schöner Quark, den sie euch da auf-tischen! ... Ha! ... Weshalb soll der Zug-verkehr stocken? ... Schneeverwehungen wegen? ... Oder ... weil das Wasser in den Füllpumpen eingefroren ist? ... Weil man die Lager an den Achsen nicht schmieren kann, da die Fette hart geworden sind? ... Schöner Witz, das! ... Als ob man die Pumpen nicht auftauen könnte! ... Es gibt frostsichere Schmiermittel! ... Lauft einmal hinaus ins Böhmisches! ... Seht, ob ihr eine Schneewehe entdeckt! ... Keine Spur! ...“

Einen Wochenlohn setze ich dagegen, wenn ihr nur eine Krume Schnee auf den Schienen findet! ... Ich muß es wissen, denn soeben bin ich vom Streckengang zurückgekommen! ...“

Er öffnet die Hallentür. Prüfend schaut er sich um, schließt die Tür wieder und senkt den Tonfall:

„Ich muß mich vergewissern, daß man mich nicht beobachtet! ... Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste! ... Wenn ihr verspricht, reinen Mund zu halten, will ich euch sagen, was ich weiß! ... Ich bin kein Redner, mir fehlt die richtige Ausdrucksweise ... Da: Weder der Schneesturm der letzten Nacht noch die anhaltende Kälte tragen Schuld an den großen Verkehrsstörungen ...“

Er hält den Atem an: „... Nee ... Lohnstreitigkeiten der Eisenbahner sind die Ursache! ... Da liegt der Hase im Pfeffer! ... Nicht etwa ein Streik — da wäre ich nicht hier —, sondern — ihr werdet staunen — passive Arbeitsleistung — passive Resistenz oder so nennen es die Zeitungsmenschen — der Werkstätten- und Lokomotivhallenarbeiter! ...“

„Also ... Die Sache ist die: Bisher erhielten die Maschinenwärter und -schlosser im Gedinge, einer Art verschleierten Akkords — für das Reinigen, Wasserfüllen, für Schlacken, Ueberholen, Feuermachen, Nachschmieren und tausend andere Kleinigkeiten je Maschine — wohlgeerntet im Gedinge! — acht und eine halbe Reichsmark. Acht Mark, die schwer genug zu verdienen waren.“

„Eine Kolonne waren sechs Mann. Demnach verdiente ein Mann pro Maschine ungefähr eine Mark und vierzig Pfennige nach eineinhalbstündiger Tätigkeit ...“

„Nun haben sie am grünen Tisch ausgeheckt, daß die Maschinenvorbereitung zu teuer sei. Sparmaßnahmen seien notwendig! ... Kurz und gut, man erließ eine Verordnung an alle betreffenden Dienststellen. Sie sagen da, daß künftig alle Gedinge im Vorbereitungsdienst wegzufallen haben. Jede Kolonne ist auf Grund dieses oder jenes Paragraphen auf vier Mann zu reduzieren. Alle Arbeiten sind genauestens, der Dienstordnung entsprechend, auszuführen, und zwar im allgemeinen Stundenlohn ...“

„Nun könnt ihr euch die Erregung unter den Arbeitern vorstellen! ... Jetzt, mitten im Winter, wo jede Maschine total vereist in die Halle kommt, wo die Abdampfnieder-schläge, das ausgelaufene Öl, festgefroren sind, wo alles mit Lötlampen aufgetaut werden muß, wo jede Arbeit doppelt beschwerlich ist, jetzt besinnt man sich, daß abgebaut werden muß!“

Je nun ... Die Direktion bestimmt ... Bestimmungen sind Befehle, die ausgeführt werden müssen, auch wenn sie offensichtlich unvernünftig sind ... Wie das gemacht wird und zu was es führt, das seht ihr ja ... Die Leidtragenden sind die Fahrgäste ... Denn“

„Denn seit gestern nacht zehn Uhr schaffen die Arbeiter passiv, ohne daß sie ihre Berufsorganisationen angerufen haben. Die Arbeiten werden im Stundenlohn tempo genau nach Vorschrift ausgeführt. Keinem fällt es mehr ein, sich abzuhetzen. Handgriffe, die sonst nach Gutdünken bestens und schnellstens ausgeführt wurden, erfordern jetzt Minuten ...“

„In den Dienstvorschriften sind mancherlei irrtümliche Angaben enthalten, die einst in besserem Wissen übergangen wurden, die nun

aber, wie vorgeschrieben, falsch erledigt werden ... Die Folge ist, daß sich die Maschinenbereitstellung erheblich verzögert.“

„Die Lokomotive des D-Zuges nach dem Westen eröffnete gestern abend den Reigen: neun Uhr vierzig Minuten sollte sie unter Dampf stehen, aber erst heute morgen gegen ein Uhr konnte die Maschine als fahrsicher den Führern übergeben werden! ...“

„Betroffen werden vor allem die kürzeren Strecken. Jede fertige Maschine wird den Ueberland- und den Lebensmittelzügen zugeteilt ...“

„Heute werden die Herren an der Spitze nachdenken, wie dem Uebel ohne viel Aufheben abzuhelfen ist ... Hoffentlich kommen sie dahinter, worum es hier geht. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, mit sich Schnd-luder treiben zu lassen!“

„Gespannt bin ich, was die Zeitungen melden werden. Die Presse der Bürger wird wohl den Bericht der Direktion kommentarlos nachdrucken. Die Arbeiterzeitungen müssen ...“

„... müssen ... aber ... pst! ... Der Inspektor kommt! ... Ich muß verschwinden. Petzt nicht! ... Ich reiße nicht aus! ... Aber ... ich habe eine Familie zu ernähren! Ich darf nicht brotlos werden! ... Wir reden noch einmal über all diese Dinge! N'Morgen!“

Der Inspektor reißt die Tür auf. Laut gibt er bekannt, daß er nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten den in zehn Minuten fälligen Schnellzug für den Arbeiterverkehr freigeben werde. Der Zug halte auf allen Stationen. Gegen Abend, so hoffe er, seien die Schwierigkeiten behoben, und der Verkehr bewege sich wieder normal ...

Der Feiertag

Von Siegfried Wagner.

Jim steht in dem schmalen Vorzimmer der kleinen Glasschleiferei und wartet auf den Meister, den er um Arbeit fragen will.

Das ist eigentlich gar kein Zimmer — denkt Jim. Es ist ein grauer, düsterer Hausflur, in dem wie zufällig ein Tisch und zwei Stühle stehen. Ihm fehlt aber der Treppenaufgang nach oben. Drei Türen führen hier herein. Durch die eine ist Jim eben von der Straße gekommen. Die anderen zwei sind rechts und links, und Jim weiß nicht, was sie verbergen. Hinter der rechten Tür allerdings knirschen und kratzen unendliche Geräusche zu gleichem Male. Das wird das Glasschleifen sein — denkt Jim, und dabei läuft es ihm schauernd über den Rücken, denn die lange Arbeitslosigkeit hat ihn ängstlich vor jeder Arbeit gemacht.

Jim sieht sich wieder um. Am hinteren Ende des Vorzimmers hängt ein langer, breiter Vorhang von der hohen putzabblättrenden Decke zum schmutzigen Steinfußboden herab. Auf dem Tisch steht eine zerbrochene Vase, in der ein paar Blumen welken.

Jim will nicht an die Arbeit denken oder gar an eine abschlägige Antwort des Meisters. Beides ist eigentlich gleich schlimm für ihn.

„Sie suchen Arbeit bei uns?“ fragt plötzlich eine hohe, beinahe sich überschneppende Stimme.

Ein kleiner, schon älterer Mann, der in einem zermisernen Anzug steckt, steht vor Jim.

„Ja“, sagt er gedehnt. „Ich habe von einem früheren Kollegen gehört, daß einer hier krank sei, und daß eventuell Arbeit ...“

„Das ist richtig“, unterbricht ihn der andere, der scheinbar nicht viel Zeit hat. „Uns fehlt momentan ein Mann. Denken Sie, daß Sie die Arbeit hier machen können?“

„Warum nicht? Ich habe bereits verschiedene Arbeiten gehabt und nehme an, daß es sich auch hier einrichten wird.“

„Gut, dann können Sie gleich anfangen. Haben Sie Ihre Arbeitssachen mit? Sonst kommen Sie morgen früh.“

Jim sagt ihm, er müsse sowieso erst nach dem Arbeitsnachweis.

„Nu, ja“, meint der Alte, „da fangen Sie eben morgen an. Sie bekommen Tariflohn und arbeiten im Akkord. So — und nun noch kurz: Wie heißen Sie? Wie alt sind Sie?“

Jim gibt ihm Bescheid und steht schon nach wenigen Minuten wieder auf der Straße. Nun hat er endlich Arbeit. Der Meister hatte ja gesagt, daß hier niemand so bald wieder entlassen würde.

So, jetzt heißt es nur noch beim Arbeitsamt abmelden, das restliche Geld holen und — morgen wird gearbeitet. Vielleicht liegt nun eine ganze Welt mit allen Sorgen hinter ihm.

Unaufhörlich peitscht pfeifender Sturm Schnee und Regen durch die Straßen. Es ist tatsächlich Winter geworden. Die Arbeitslosen frieren, und die anderen sind froh, wenn sie Arbeit haben ...

Eine elektrische Klingel gellt durch den niedrigen Arbeitsaal. Langsam summend setzt der Motor ein. Die Riemen klatschen zwischen den verrosteten Wänden unter der rissigen Decke ihre Melodie. Arbeiter rücken die Hebel ihrer Maschinen, die raselnd, klappernd und pfeifend in den Lärm der Arbeit fallen.

Der Werktag beginnt.

Jim Steinhart steht vor einer eisernen Scheibe, die sich in einem großen Kessel rasend um sich selbst dreht. In dem blechernen Kessel ist feiner feuchter Sand. Jim preßt mit aller Kraft seiner Hand das Glas. Der Sand spritzt, das Glas knirscht, Glas auf die rasende Scheibe und drückt mit der anderen den Sand zwischen Scheibe und rauscht und zischt. Durch das Glas hindurch sieht Jim gelbrote Funken auf der Scheibe sprühen. Das ist Arbeit, und Jim steht davor und stemmt seinen Körper gegen die Maschine, mit deren Kraft er die seine verbindet.

Schnell hat er die Arbeit begriffen. Es gehört ja auch nicht allzuviel dazu. Er muß eben das Glas festhalten, daß es nicht aus der Hand springt, denn dann geht es meist entzwei. Jim freut sich, daß er endlich einmal fest zupacken kann.

In den kurzen Arbeitspausen wird er von seinen neuen Kollegen bereits umdrängt. Ob er organisiert sei? Hier sind erst wenige organisiert. Einen Betriebsrat gibt es auch noch nicht. Und der Alte ist ein Scharfmacher. Dann spricht man über Persönliches, fragt nach allem, was man von einem Neuen wissen will.

Der erste Arbeitstag ist für Jim schnell um. Die Gedanken kreisen durch seinen Kopf wie die Scheibe, auf der er das Glas schleift, und lassen ihm keine Ruhe. Als er am Abend müde nach Hause geht, tanzen große, weiße Flocken vor seinen Augen; es schneit. Doch sobald die Flocken auf das Steinpflaster der Straßen fallen, werden sie dreckiges, schlickerndes Wasser.

In der Nacht rast durch Jims unruhigen Schlaf die drehende Scheibe und spritzt den warmen Sand um sich und verwandelt sich schließlich in sprühende Funken, in tanzende Schneeflocken und schlickerndes Wasser. Und unerbittlich knirscht und zischt in seinen Ohren das Schleifen des Glases. Die Arbeit drängt durch Jims Sinnen und Fühlen.

Das ist ein Feiertag nach langem Erwerbslossein ...

Doch wie lange wird ihm die Arbeit Feier sein?

Museum für einen Menschenverächter

Die Blätter melden, daß die Stadtwohnung des verstorbenen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau in Paris in unverändertem Zustand als Museum eröffnet worden sei. Im Arbeitszimmer des „Tigers“ erblickte man den sagenhaften hufeisenförmigen Arbeitstisch mit einer Kollektion von Gänsefedern und dem Sandstreuer, der immer mit Sand vom Strand der Vendée gefüllt sein mußte.

Auf dem Nachttisch neben dem Sterbebett liege aufgeschlagen noch die „Geschichte der Päpste“ und zeige just die Seite, bei deren Lektüre den alten Staatsmann die letzte tödliche Krankheit überfiel.

So weit die Blättermeldungen. Der bedeutende Freigeist und bitterböse Menschenverächter Clemenceau, der so gar keinen Sinn für die Verklärung der Historie hatte, würde sich scheckig lachen, wenn er das doch lesen könnte. Er legte gar keinen Wert auf die Meinung seiner Mitmenschen über ihn, hat die ganzen letzten Jahre seines Lebens kaum einen Menschen zu sich gelassen, am allerwenigsten einen Journalisten, und verhöhnte aus seinem Winkel in der Rue Franklin jede, aber auch jede offizielle Persönlichkeit mit grausamen Witzworten. Wie er darüber dachte, daß man nach seinem Tode versuchen würde, ihn als den großen Sohn Frankreichs in die vaterländische Legende eingehen zu lassen, obwohl er sich das Staatsbegräbnis im Pantheon entschieden verboten hatte, das hat sein Freund und Sekretär Martet aufgezeichnet. Mit brutalem Spott hat er über die Dinge geurteilt, die den andern die höchsten waren.

Den Tiger hatten seine Erfahrungen zu einem Menschenverächter solchen Grades gemacht, daß er die Menschen nur noch unter dem Gesichtspunkt betrachtete, daß ihr einziger Wunsch sei, sich gegenseitig zu schaden und sich zu vernichten. Auf dem Sterbebett aber, von dem sein herrischer Wille jeden Priester fortwies — wie gerne hätten sie diesen großen Glaubenslosen noch „mit seinem Gott versöhnt“ ... —, hat er seinem alten Diener dankbar die Hand geküßt.

Diesem letzten klassischen Jakobiner, der wie durch einen unverständlichen Zufall aus der Epoche der großen bürgerlichen Revolution in unsere Zeit verschlagen war, hat man wie sonst dem Andenken eines verdienten Bürgers ein Museum errichtet!

Nichts Lächerlicheres wäre denkbar.

Kassander.

Eisbildung verhindert Schiffsunfälle

Wenn ein Loch im Schiffsboden entsteht, muß vor allem das Eindringen des Wassers verhindert werden. In Amerika läßt man das eindringende Wasser mit Hilfe eines über dem Loch angebrachten Gefrier-Apparates sofort einfrieren. Solange dieser Apparat in Tätigkeit und somit das Loch dauernd mit massivem Eis aufgefüllt ist, kann kein Wasser ins Schiff eindringen.

Der tägliche Vormarsch

Sachsen: Schutzbund marschiert!

Die Walddörfer um Rautenkrantz führen einen Aufmarsch des Sozialistischen Schutzbundes durch, an dem sich 200 Arbeiter beteiligten. Anschließend fand eine Veranstaltung im Muldenhaus in Rautenkrantz statt, die 300 Teilnehmer zählte.

Eppendorf (Sa.) rief zu einer Gründungsversammlung des Soz. Schutzbundes auf. 26 Arbeiter traten am ersten Tage dem Schutzbund bei.

Mitteldeutschland und Rhein:

Thale im Harz, vor kurzer Zeit erst gegründet, führt seine 1. Mitgliederversammlung durch und machte an diesem Abend 14 Neuaufnahmen.

Ahlen (Westfalen) meldet, daß die Ortsgruppe Ahlen-Süd, die von 48 SPD-Genossen sofort 23 zur SAP gebracht hat, heute bereits 41 Genossen zählt.

In diesem Tempo muß gearbeitet werden!

Kommunistische Genossen kommen

In Premnitz (Westhavelland), wo kürzlich der langjährige Ortsgruppenvorsitzende der KPD zur SAP übertrat, ist jetzt auch der Vorsitzende der Kommunistischen Jugend, Genosse Heinz Schneider, zum Sozialistischen Jugendverband übergetreten.

MacDonald in der Zange

Eisen- und Stahlzölle ultimativ gefordert

London, 8. Dezember.

Der Reichsindustrialausschuß des Unterhauses, dem 200 bis 300 konservative Parlamentsmitglieder angehören, hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in der die Anhänger einer sofortigen Einführung eines Schutzzölles auf Eisen und Stahl ihre lebhafteste Unzufriedenheit mit der Haltung der Regierung zum Ausdruck brachten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der der Vorsitzende des Ausschusses Sir Henry Page Croft (Haupt der entschiedenen Schutzzöllner, D. Red.) beauftragt wird, dem Premierminister mitzuteilen, daß die Mitglieder des Ausschusses bereit seien, am nächsten Freitag gegen die Entschließung über die Vertagung des Unterhauses zu stimmen, falls sie mit der vom Präsidenten des Handelsamtes Walter Runciman bei der Debatte über den sozialistischen Mißtrauensantrag abzugebenden Erklärung nicht zufrieden seien.

Auch Snowden bedroht

London, 8. Dezember.

Während der Kabinettsitzung am Montag kam es, wie „Daily Herald“ meldet, zu einer ersten Auseinandersetzung zwischen dem Lordsegelebewahrer und früheren Schatzkanzler Snowden und einigen Ministern über die Landsteuerreform, die in Snowdens April-Haushaltsplan enthalten ist. Snowden drohte mit seinem Rücktritt. Schließlich erklärte er sich damit einverstanden, daß das Gesetz zwar nicht fallen gelassen, wie es die Konservativen wünschen, wohl aber die Inkraftsetzung der Steuerreform um ein Jahr hinausgeschoben wird.

Um Hendersons Vorsitz auf der Abrüstungskonferenz

Erklärung des englischen Außenministers.

London, 8. Dezember.

Zu der Frage des Vorsitzes auf der Abrüstungskonferenz äußerte sich Sir John Simon im Unterhause dahin, daß es nicht Sache der englischen Regierung sei, Vorschläge für die Wahl eines neuen Vorsitzenden an Stelle von Henderson zu machen. Henderson sei damals einstimmig vom Völkerbundsrat gewählt worden.

Staatskredite für die französische Industrie

Paris, 7. Dezember.

Um den französischen Industrien, die durch die allgemeine Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten sind, nach Möglichkeit zu helfen, hat Finanzminister Flandin beschlossen, die französische Landeskreditbank zu ermächtigen, solchen Unternehmen Vorschüsse bis zu der durch das Gesetz vorgesehene Höhe von fünf Millionen Franken zu gewähren, vorausgesetzt, daß die Gesamtstruktur gesund ist. Die Mittel für diese Kredite sollen durch die Auflegung von Obligationen in Höhe von mehreren hundert Millionen Franken beschafft werden.

Spanische Truppen gegen Streikende!

Paris, 8. Dezember.

Wie aus Gijón berichtet wird, hat der Streik der Hafnarbeiter zu Zwischenfällen geführt. Mehrere Streikende wurden festgenommen; gegen verschiedene Gewerkschaftsführer wurde Haftbefehl erlassen. Zwei Kompanien Infanterie sind von Oviedo zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Anmarsch.

Er geschieht ihm ja nichts! Der Leiter des Heimwehrputsches vom 13. September Dr. Pfrimer, der nach dem mißglückten Putsch nach Jugoslawien geflüchtet war und sich von dort nach Deutschland gewandt hatte, ist heute unverhofft in Graz eingetroffen und hat sich dem Gericht gestellt.

Man schlittert ins dritte Reich

Königsheim bei Görlitz, 8. Dezember.

Gestern Abend fand hier eine von der SPD einberufene Versammlung statt, in der die NSDAP zur Diskussion erschienen war. Im Laufe der Versammlung kam es zu einer Schlägerei, bei der Stuhlbeine, Bierflaschen, Pflastersteine usw. benutzt wurden. Die Görlitzer Polizei fand bei ihrem Eintreffen das Versammlungslokal vollkommen demoliert vor. Aus der Versammlung fiel auch eine Anzahl Schüsse. 10 Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer.

Nazi unter den Fittichen des Reichsgerichts

Kiel, 8. Dezember.

Zu dem vom Oberpräsidenten in Kiel für die Zeit vom 20. November bis zum 31. Dezember 1931 erfolgten Verbot der Kieler nationalsozialistischen Wochenschrift „Der Volkskampf“ hat das Reichsgericht auf die Beschwerde des Verlegers beschlossen, daß das Verbot mit Ablauf des 15. Dezember 1931 endet.

Nazi-Ultimatum in Hessen?

Darmstadt, 7. Dezember.

Am Dienstag nimmt der neu gewählte hessische Landtag seine Arbeiten auf. Zunächst wird das Landtagspräsidium gewählt, und dann folgt die Wahl des Staatspräsidenten, der die anderen Minister zu ernennen hat. Vor Zusammentritt des Parlaments werden die hessischen Nationalsozialisten der bei den parlamentarischen Verhandlungen ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, in Form eines Briefes ihre Forderungen überreichen. Darin sind in 12 Punkten die Bedingungen enthalten, die die Nationalsozialisten im Hinblick auf eine Regierungskoalition mit den anderen Parteien stellen. Wie es heißt, haben die Nationalsozialisten ihre Forderungen in eine Form gekleidet, die irgendwelche Verhandlungen nicht zuläßt.

SPD-Flugblatt verboten

Aber Karl Böchel ist hoffähig

Wie die „Chemnitzer Volksstimme“ meldet, hat die Polizei ein Flugblatt „So beginnt das Dritte Reich“, in dem die hessischen Vorfälle behandelt werden, mit der Begründung verboten, der Fall Dr. Best sei noch völlig ungeklärt und umstritten. Die „Volksstimme“ hat immerhin gemerkt, daß „die Haltung der maßgebenden Chemnitzer Polizeinstanzen bewußt oder unbewußt (!) den Feinden der Republik Vorschub leistet“. Aber aktiv, wie die Chemnitzer nun einmal sind, begnügen sie sich nicht mit dieser Feststellung, sondern flugs setzt sich Karl Böchel höchst persönlich in den Zug und fährt nach Dresden zur Regierung. Und siehe da: „Innerhalb 24 Stunden war das Verbot aufgehoben, und die

Zur Stunde läßt sich noch nicht sagen, ob das Zentrum auf diese ultimativen Forderungen eingehen wird.

Darmstadt, 8. Dezember 1931.

Mit 40 von 69 abgegebenen Stimmen wurde der Nationalsozialist Dr. Werner zum Landtagspräsidenten gewählt, als erster Vizepräsident Wecker (Zentrum), als zweiter Delp (SPD). Der sozialdemokratische Staatspräsident Adelnung teilte daraufhin den Rücktritt der Regierung mit, die bis zur Neuwahl des Staatspräsidenten die Geschäfte weiter führen wird.

Späte Erkenntnisse

Braunschweig, 7. Dezember.

Am kommenden Montag wird sich der Braunschweigische Landtag mit einem nationalsozialistischen Antrag zu beschäftigen haben, wonach Staatsbeamte verpflichtet werden sollen, die ihnen zufließenden Aufsichtsratsanteile der Staatskasse zuzuleiten. Da die SPD-Fraktion den nationalsozialistischen Antrag unterstützt, ist mit seiner Annahme sicher zu rechnen.

Die Bauern rüsten zum Kampf

Berlin, 8. Dezember.

Für den 9. und 10. Dezember sind der Vorstand, die Mitgliederversammlung und verschiedene Ausschüsse der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine zu einer Tagung nach Berlin berufen. Bei den agrarpolitischen Beratungen wird der noch immer ausstehende Schutz der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft im Vordergrund stehen. Ferner werden die Fragen des Wirtschaftsbeirates und der Notverordnungen wesentliche Punkte der Beratungen bilden.

Léon Blums Frau gestorben. Die Gattin des Führers der sozialistischen Partei Frankreichs, Léon Blum, ist in der vergangenen Nacht in ihrer Pariser Wohnung gestorben.

Von der Lügenfront

Haltet-den-Dieb-Methoden der SPD

Die SPD bietet ihre ganze Phantasie auf, um einzelne SAP-Genossen persönlich herabzusetzen. Aus dem Breslauer Bezirk z. B. wird erzählt, die Genossen Eckstein und Rausch seien zu feige, um gemeinsam mit den SPD-Genossen in eine Naziversammlung zu gehen. Im Anschluß an eine SAP-Versammlung, in die die SPD ihre prominentesten Redner gesandt hatte, seien Eckstein und Rausch zur Teilnahme an der Nazi-Versammlung aufgefordert worden, aber die SPD-Genossen hätten bei ihnen wenig Gegenliebe gefunden. Und nun heißt es in dem Lügenbericht weiter:

„Herr Eckstein kam auf den guten Einfall, daß er, weil jüdisch, nicht dort geduldet werden würde. Herr Rausch aber war nicht jüdisch und die Maurer und Zimmerer meinten zu Eckstein, in ihrer Gesellschaft würde ihm sicher nichts passieren, sie hätten eine ganz gute Handzettelnummer am Leibe. Als die beiden SAP-Redner nicht mehr anders konnten, gaben sie ihre Einwilligung, mit in die Nazi-Versammlung zu gehen. Auf dem Wege dahin aber blieben sie hinter der Gruppe unserer Genossen immer weiter, immer weiter zurück, und als es um eine Straßenecke ging, waren sie plötzlich verschwunden. Die Leubuscher Genossen setzten hinter ihnen her, aber siehe da, sie konnten nur noch das Schlußlicht des Autos erblicken, mit dem die Klassenkämpfer nach Breslau abrückten!“

Aber der wirkliche Sachverhalt war erheblich anders. Unsere Genossen erklärten sich sofort bereit, in die Versammlung zu gehen. Bald stellte sich aber heraus, daß es zwecklos sei, da die Nazis nur fünf bis zehn Minuten Redezeit gewährten. Und zwar waren es die SPD-Genossen, die selbst diesen Einwand

machten und unter diesen Umständen darauf verzichteten, in die Versammlung zu gehen. Sie erklärten es mit Recht für sinnlos, sich stundenlang Nazi-Reden anzuhören, um dann wenige Minuten sprechen zu können. Auch unsere Genossen waren der Ansicht, daß sie ihre Zeit besser verwenden könnten. Sie fuhren deshalb mit dem Auto zu einer Konferenz nach Brieg. Unmittelbar nach ihrer Abfahrt machten sich auch die SPD-Genossen auf den Weg — aber nicht in die Nazi-Versammlung, sondern geradeswegs zurück nach Breslau. Dort angekommen, hatten sie offenbar nichts Dringlicheres zu tun, als diesen Lügenbericht abzufassen.

Warum so geheimnisvoll?

Auf ähnlichem Niveau steht ein Aufruf „An alle SPD-Mitglieder der Oberlausitz“, den die „Volkszeitung“ veröffentlicht. Er wendet sich gegen ein Rundschreiben der SAP, das angeblich „Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen in einer solchen Fülle enthält, daß man es kaum für möglich halten sollte.“ Dann wird ein Gegenrundschreiben angekündigt, ohne daß jedoch eine einzige der angeblichen „Unwahrheiten“ mitgeteilt würde.

Wenn unser Rundschreiben wirklich Unwahrheiten enthielte, dann brauchte die „Volkszeitung“ sie nicht so schamhaft zu verschweigen und der gleichen Öffentlichkeit, in der sie uns beschimpft, auch die Richtigstellungen nicht vorzuenthalten. Es kann nicht gut um die Sache der SPD bestellt sein, wenn sie ihre Mitglieder auf ein „jüngeres Rundschreiben“ vertrösten muß und nicht den Mut hat, uns öffentlich zu antworten!

Breitscheid schweigt

Wann wird er seine Unwahrheiten richtigstellen?

Genosse Rosenfeld hat hier am Sonntag dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Unwahrhaftigkeit vorgeworfen. Breitscheid hatte vor den Berliner Funktionären der SPD die Behauptung aufgestellt, im Anfang der Tolerierungspolitik seien auch diejenigen dafür gewesen, die jetzt deswegen die Partei verlassen hätten...

Der Unwahrheit seiner Behauptung mußte sich Breitscheid schon darum genau bewußt gewesen sein, weil er es war, der in der entscheidenden Fraktionssitzung vom 17. Oktober den „moralischen Appell“ an die der Tolerierung schroff widersprechenden linken Genossen der Fraktion gerichtet hatte, nicht durch gesonderte Abstimmung das geschlossene Auftreten der Fraktion zu zerstören.

Auf den Appell, den Genosse Rosenfeld an Breitscheid richtete, seine unwahre Behauptung öffentlich zu berichtigen, hat der sozialdemokratische Führer bis auf diese Stunde nicht laut gegeben.

Breitscheids Schweigen zeigt, mit welchen verwerflichen Mitteln man uns bekämpft.

Wieder Eingaberecht der Bahnbeamten?

Berlin, 7. Dezember.

Der Beamtenschausschuß des Reichstages nahm am Montag einstimmig einen Antrag der Staatspartei an, durch den die Reichsregierung ersucht wird, eine Aenderung des Reichsbahngesetzes nach der Richtung hin ins Auge zu fassen, daß in Personalsachen eine Auskunftspflicht der Reichsbahngesellschaft gegenüber der Reichsregierung festgelegt wird, und daß die Reichsregierung eine Einflußmöglichkeit gegenüber der Reichsbahngesellschaft in der Behandlung von Personalangelegenheiten erhält. Der Antrag bezweckt die Wiederherstellung des Eingaberechts der Reichsbahnbeamten, das ihnen seit der Gründung der Deutschen Reichsbahngesellschaft nicht mehr zusteht, und will die Reichsbahnbeamten in dieser Beziehung wieder den übrigen Reichsbeamten gleichstellen.

Auch Hugenberg...

Der „Ruhm“ seines engeren politischen Kollegen hat anscheinend Hugenbergs Eifersucht geweckt. Um nicht zurückzubleiben, hat er dem Berliner Vertreter des faschistischen „Resto del Carlino“, Bologna, „seine“ Außenpolitik dargelegt. Man braucht nicht viel dazu zu berichten. Man kennt das Programm des „sturen Bocks.“ Er will, wie er versichert, mit dem faschistischen Italien zusammen, „unserem Erdteil den wahren Frieden“ bringen. Na, da wird es uns ja wohlgeraten auf Erden. — Brüning schweigt weiter, er ist zu sehr in Not mit seiner Notverordnung und seiner Rundfunkweihnachtsbotschaft. Arbeitsteilung!

Die Werbungskampagne in Italien

Rom, 6. Dezember.

Die Nationalsozialisten Nieland und Strieder sind am Sonnabend in Florenz eingetroffen. Dr. Nieland, der Leiter der Auslandsabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, sprach am Sonntag Abend in Florenz über die Lage in Deutschland und die Ziele des Nationalsozialismus. Die beiden Herren hatten Gelegenheit, mit faschistischen Kreisen in Florenz Fühlung zu nehmen, bei denen sie eine außerordentlich entgegenkommende Aufnahme gefunden haben. (Kunststück!)

Kommunistenverhaftungen in Kairo

Die Polizei hat elf Kommunisten, darunter neun Armenier, unter dem Verdacht der kommunistischen Propagandatätigkeit verhaftet. Das bei verschiedenen Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Material soll diesen Verdacht bestätigen.

Die Notverordnung

Wir notverordnen heute:
Es gibt in Deutschlands Gauen nur noch zufriedne Leute!
Wenn Sonne, Mond und Sterne in ihre leeren Bäuche schauen, so schafft dies rechte Weihnachtsfreude.
Wer meckert, kommt an die Laterne.

Wir notverordnen weiter:
Die Produktion wird neu belebt, das Leben ist die Hühnerleiter auf der, was geistig ist, nach oben strebt.
Halt's Maul, Prolet, und schaffe schätzchen Stücken,
zum Zahltag bring am besten etwas mit.
Habt ihr euch erst den Maulkorb umgebunden, dann geh't ins Dritte Reich — im gleichen Schritt und Tritt.

Wir notverordnen noch und noch:
Der Weihnachtsengel steht am Tor und Hunger ist der beste Koch.
Seht ihr die Preise sinken? SA-Standarten winken.
Das Denken ist jetzt abgeschafft, wir notverordnen neue Kraft und Phrasenbrot mit Schinken.
Wir notverordnen noch und noch bis die Kadaver stinken.

Karl Glas.

Sportschau der SAZ

Sachsen-Spiele vom Sonntag Spielvereinigung 23 vogtländischer Meister

Elfeld verliert 3:4 — Prächtiges Spiel vor 500 Zuschauern

Es war ein prächtiges, dem Arbeitersport in jeder Weise würdiges Spiel, das zwei ausgezeichnete Gegner sich hier lieferten, ein Spiel, das auch beim sportbegeisterten Publikum auf lebhaftes Interesse stieß. Trotz der wenig guten Platzbeschaffenheit wurde immer ein flotter, schöner Kampf vorgeführt.

Der gleich zu Beginn einsetzende Regen war nicht erwünscht. Spielvereinigung 23 schien dadurch etwas im Vorteil gekommen zu sein, da sie die kräftigere Elf darstellte und nicht mit dem Boden so oft Bekanntschaft machte, als wie Elfeld. Trotzdem brachte es Elfeld zustande, in den ersten 20 Minuten mit 3:0 in Führung zu kommen. Diesen weiten Torsprung hätte der erste Gruppenmeister unbedingt halten müssen. Spielvereinigung 23 zeigte eine besondere Ruhe und ließen sich durch drei Tore nicht irre machen. Immer setzten sie von neuem an, um zu versuchen, auch ihrerseits Erfolge zu erzielen und immer mußten sie vor der Verteidigung Halt machen. Endlich brachte 23 ein Tor an. Wohl spielte Elfeld von dieser Zeit mächtig auf Sieg, aber durch zu langes Ballhalten waren sie des öfteren im Nachteil. Als dann der Halbfinale von Spielvereinigung 23 noch ein weiteres Tor buchen konnte, sah man einen Kampf, wie er wohl selten zu sehen ist. Es war im voraus zu sehen, daß nur der den Kampf gewinnen konnte, welcher die größere Routine besitzt. Dies war zweifellos die Spielvereinigung 23. Man hat es noch nicht erlebt im Plauener Bezirk, daß eine Mannschaft, die um die Bezirksmeisterschaft kämpft, so fair und aufopfernd spielt und ein solches System vorführt wie die Spielvereinigung 23 es tat. Aber auch Elfeld zeigte sich von der besten Seite, sie hielten das Spiel jederzeit offen und das war Elfelds Verhängnis. Als ein Remis von 3:3 da war, stand das Spiel auf dem Höhepunkt. Schon freute man sich auf die Spielverlängerung, doch diese machte Spielvereinigung 23 zunichte, indem sie kurz vor Ladenschluß das siebringende Tor durch ihren Rechtsaußen abbringen konnte. Elfeld trat nicht in der gemeinten Aufstellung an, denn für Eckardt mußte Ersatz eingestellt werden, weil dieser es als Mitbegründer von Elfeld für gut gehalten hatte, ins bürgerliche Lager überzugehen. Die Mannschaft tat aber einen guten Griff; der Ersatz machte seine Sache, wie sie auch E. nicht besser hätte machen können. Dieses Spiel war für den 8. Fußballbezirk ein voller Erfolg. Beiden Mannschaften gebührt ein besonderer Dank für ihre Spielweise. Den Bezirksmeister Spielvereinigung 23, Oelsnitz, aber wünschen wir für die weiteren Kreismeisterschaftsspiele recht guten Erfolg.

Burgstädter Fußball

Claußnitz—Herrenheide 9:1. Herrenheide kam zum ersten Treffer, wohl, weil Claußnitz nicht vollzählig antrat, sondern sich erst nach und nach vervollständigte. — Die Bezirksmeister Taura—Sachsen-Chemnitz (3:5) lieferten sich ein ausgezeichnetes Spiel.

Burgstädt—Leipzig-Engelsdorf 1:5. Den Gästen hatte man gar nicht soviel zutraut. Ihr Kampfspiel bis zum letzten Moment, wenn es auch etwas zu robust war, konnte gefallen. Ihre Stütze war besonders der Mittelläufer, dessen famosem Zuspiel die Mannschaft im Verein mit dem vorzüglich aufgelegten Torer den dem Spielverlauf nach etwas zu hohen Sieg zu verdanken hatte. Burgstädt hatte einen sehr schwarzen Tag, zum Teil war die Mannschaft dadurch be-

nachteiligt, weil sie infolge Verletzungen fast immer mit zehn Mann kämpfen mußte. Vor allem aber war die Mannschaft dem flinken Gegner gegenüber zu langsam. — Berthelsdorf—Reichenbrand 1:2. Hier siegte nur der glücklichere, und zwar auch nur im letzten Moment. — Herrenheide—Röhrsdorf 3:3; Mohsdorf—Wiederau 4:3; Wittgensdorf 2—Königsheim 1 4:1; Burgstädt 2—Thalheim 2 2:5; 3—Mannschaften 0:5; Claußnitz 3—Jahn 3, Mittweida, 0:2; Burgstädt—Thalheim 1:2; Claußnitz—Altmittweida 0:2; Berthelsdorf, Kn.—Burgstädt 4:0.

Um die Fußball-Kreismeisterschaften

In der Lausitz kommt Döbern ins Hintertreffen.

Die zweite Runde der Bezirksmeister um die Lausitzer Kreismeisterschaft begann mit der nicht erwarteten 2:3 (1:3)-Niederlage von Döbern gegen Räschen. Dadurch ist Döbern, dem man die besten Kreismeisterschaftsaussichten gab, auf den letzten Platz gefallen. Es führt Räschen vor Kottbus 93. Stettin-Podejuch wird Pommernmeister.

Der Stettiner Meister Podejuch schlug „Greif“ Torgelow im Endspiel mit 2:1. Podejuch war im allgemeinen wohl etwas besser als Torgelow, doch ist der Sieg ein glücklicher zu nennen, da das entscheidende Tor auf einen Fehler eines Torgelower Verteidigers zurückzuführen ist. Festgestellt muß werden, daß die pommerschen Kreismeisterschaftsspiele bewiesen, daß die Provinzvereine gegenüber Stettin an Spielstärke viel gewonnen haben.

Freie Turner-Aschersleben mittel-deutscher Fußball-Kreismeister.

Zu Beginn des Schlußspieles um die Meisterschaft des Kreises Prov. Sachsen, Anhalt, Braunschweig sah es nicht nach einem Sieg der Ascherslebener aus. Vielmehr ging Wacker-Köthen mit 2:0 in Führung, und Aschersleben hatte zu tun, um bis zur Halb-

zeit den Gleichstand zu erzielen. Nach dem Seitenwechsel war Köthen sichtlich nervös. Das nutzte Aschersleben aus und sicherte sich den Sieg. Beide Mannschaften zeigten nicht die erwarteten technischen Leistungen.

Der Sportsonntag in Hessen und Hessen-Nassau

Fußball

In der Gruppe I der Kreisklasse befestigte der Tabellenzweite Erbstadt seine Position durch einen 6:1-Sieg über Gießen. Borheim schlug den Tabellenletzten Schwalheim 3:0, während Wiesek überauschenderweise Hechelheim mit 3:1 bezwingen konnte. Niederristadt setzte sich durch einen 6:1-Erfolg in Niederwöllstadt auf den 4. Platz.

Den Großkampf in Gruppe II zwischen VfL 13 Frankfurt a. M. und Frankfurt-Sachsenhausen entschied der Favorit VfL 13 mit 4:2 zu seinen Gunsten und führt mit 20 Punkten weiter die Tabelle an. Frankfurt-Westend gewann in Bischofsheim 4:2 und bleibt damit weiter Zweiter. Der Tabellenletzte Vorwärts-Frankfurt a. M. holte sich in Heusenstamm mit 1:1 seinen ersten Sieg. Bürgel schlug Niederraden 1:0 und rückt dadurch vom 6. auf den 4. Platz.

In Gruppe II holte sich der Meister Frankfurt-Bockenheim mit 5:2 in Wiesbaden seinen 13. Sieg. Der Tabellenzweite Raunheim trat bei Frankfurt-Nord nicht an und überließ seinem Gegner so kampflos die Punkte. Neu-Isenburg erreichte auf eigenem Platz gegen Rüsselsheim nur ein 3:3, während der Tabellenletzte Mainz-Mombach in Praunheim 5:0 geschlagen wurde.

Die Gruppe IV brachte nur zwei Spiele zur Durchführung. Morfelden siegte beim Tabellenletzten Groß-Zimmern 4:1 und Erbach nahm Waldorf mit 2:0 die Punkte ab.

Handball

In Gruppe I schlug Mainz-Mombach Bausheim 5:1. — Der Meister der Gruppe II, Frankfurt-Bockenheim siegte in Langen 11:5, da dadurch auf den letzten Platz zurückfällt, da Arheilgen sich in Neu-Isenburg mit 3:3 durchsetzen konnte. — Die Gruppe III ermittelte in Oberrodern ihren Meister, das Dietschea überraschend hoch mit 8:1 abfertigte. Frankfurt-Nord ist mit einem Punkte Abstand endgültig Tabellenzweiter.

Aus dem Mainz-Wiesbadener Gebiet

Placierungskämpfe in der Kreisklasse

Nachdem der Meister der Kreisklasse feststeht, haben die noch restierenden Spiele an Bedeutung verloren. Das dürfte wohl auch der Grund sein, weshalb Raunheim zu seinem Spiel in Frankfurt

nicht antrat. Dadurch kam die Abt. Nord zu zwei billigen Punkten, die sie endgültig an der Gefahrenzone des Abstieges brachte. Raunheim muß dieses „Vergnügen“ aber mit dem Verlust des 2. Platzes bezahlen. Auf diesen Platz ist nun Neu-Isenburg, der vorjährige Meister, gerückt. Es spielte in Rüsselsheim unentschieden (3:3), wobei es dem Meister allerdings schwer fiel, den einen Punkt zu gewinnen. Rüsselsheim hat sich ebenfalls vor dem Abstieg gerettet. Dieses Glück blieb Wiesbaden versagt. Es verlor sein zweitletztes Spiel auf eigenem Platz gegen den neuen Meister, Frankfurt-Bockenheim, mit 5:2 Toren. Der Tabellenletzte, Mainz-Mombach, blieb mit einem 5:0-Niederlage in Fraulheim auf der Strecke.

Tabellenführer der 1. Klasse geschlagen

Wieder hat Mainz-Bretzenheim eine Enttäuschung erlebt. Es hatte Dotzheim, den Anwärter auf den 2. Tabellenplatz, zu Gast. Obwohl erst am letzten Sonntag Bretzenheims Nachbarn zu neuen Hoffnungen berechtigte, ging das Spiel gegen Dotzheim verloren. Der Tabellenführer mußte eine 2:1-Niederlage hinnehmen, die ihn um jeden Vorsprung vor den folgenden Bivalon Wiesbaden-Schierstein und Wiesbaden-Dotzheim raubte.

Hohe Niederlage von Mainz

Die 2. Klasse hat eine neue Überraschung. Die Mainzner Turner, die am Versonntag einen Bombensieg von 9:2 über Oppenheim, den Tabellenführer, errangen, mußten nun eine Bombenniederlage von 7:0 in Wiesbaden-Kumbach hinnehmen. Die Niederlage dürften die Mainzner die Aussichten auf den 2. Platz genommen haben.

Männerturnen

7. Bezirk, 4. Kreis

Sonntag, den 13. Dezember 1931, Letztspiele im Aue (Halle, Schwarzenbergstr.), Beginn 8:30 Uhr. Anschließend Sitzung mit wichtiger Tagesordnung in der Reichshalle. Es wird erwartet, daß jeder Verein vertreten ist.

Handball in Düsseldorf

Freie Schwimmer-Düsseldorf 1b—Textil-Krefeld 1 8:3 (1:2)

Der Bezirksmeister der 2. Klasse hat seine Generalprobe gegen die Krefelder bestanden. Das Spiel begann mit schnellen Angriffen der Krefelder, die so leicht mit 1:0 in Führung waren. Nicht viel später stand es schon 2:0 für Krefeld, das spornete die Schwimmer an. Der Erfolg war, daß sie kurz vor der Pause ein Tor aufholten. Nach der Pause glichen die Schwimmer aus und beherrschten von da an das Spiel. Das sehr schnelle Spiel endete so mit einem hohen Siege der Schwimmer.

Freie Schwimmer 3—Gerresheim 2 3:4 (2:2), Fr. Schwimmer, Jgd.—Ratingen 2 3:4 (1:2).

Organisations-Nachrichten

- SAP, Distrikt Dulsburg-Wanheimerort: Donnerstag, 10. Dezember, 20 Uhr, im Lokal Kupfers, Düsseldorf Straße 138, wichtige Mitgliederversammlung. Gen. Peter Kühn spricht über das Thema „Unsere Stellung zum Staat“. Freunde unserer Bewegung willkommen.
- SAP, M.-Gladbach: Samstag, 12. Dezember, beim Genossen Seuren, Rheindler Str., 19:30 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Karl Zöllig, Düsseldorf. Thema: SAP und die politische Lage. Erscheinungen aller Genossen wird erwartet.
- SAP, Lütgendortmund: Donnerstag, 16. Dezember, 19:30 Uhr, bei Bökkenkamp, Mitgliederversammlung. Gemeinsame Besprechung des Aktionsprogramms.
- SAP, Köln-Ehrenfeld-Birkendorf: Mitgliederversammlung, Freitag, 11. Dezember, im Lokal Gluckeshoven, Sinteringstr. 28. Ref.: Genosse E. Hensenberg. Thema: Unsere Stellung zu Sowjetrußland, Werbeplan, Verschiedenes.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schabert, für Inserate: Johannes Hoffmann a. d. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges., m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.
Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges., m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7,

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15-16.

Volksbühne

Tr. 2. Börsenpl.
D 1, Nordde 2946
8 Uhr
Rudolf Forster
in
Der große Kakadu
und
Der Kometen

Bettfedern

aus erster Hand,
dub. billig. Dopp-
gerüst. Füllkränze.
Eld. große 60 Pf.
geschl. 75 u. 90
Pf. Rupp weich
1,50. Halbdaunen
2,75. weiß, hoch-
fein 3. geschl.
weiß 3,50. Schließ-
halbfl. 5. Daunen
4. 7. weiß 7.
10. Oberbetten
11. schl. dicht. Inl.
12. —. 14. 90. 18.
Kissen 3,50. 4,20.
5,50 u. bess. Vers.
geg. Nachn. von
K. 20. portofrei.
Nichtpost. retour.
Musik-Preisliste
gratis. Böhm. Bett-
fed. Spezial-Haus
Schubel u. Stadler,
Berl. C 489,
Langenhagerstr. 43

Oberlausitz

Konsumverein „Vorwärts“ Löbau

Unseren werten Mitgliedern und den klugen und sparsamen Hausfrauen zur Kenntnis, daß in der nächsten Woche die

Rückvergütung

in unseren Verteilungsstellen ausgezahlt wird. Des weiteren gewähren wir dabei eine Woche lang doppelte Rückvergütung für die Einkäufe zur Weihnachtsbäckerei.

Empfehlen vorzügliche trockene Weizenmehle, Sultanas, Rosinen, Korinthen, Mandeln, süß und bitter, Blaumohn, Zitronat, Mandelersatz, frische Margarine, Schweineschmalz, Gewürze, gem. Zucker.

Billigste Preise für nur gute Qualitäten

Strumpfwaren Handschuhe Trikotagen
Strickbekleidung, Kübler, Fabrikate

Chemischer Strumpf- u. Wollwaren
Gerhard Lohs,
Löbau i. S., Nicolaiplatz 1

Fahrräder, Nähmaschinen
Radio-Apparate bester Marken
in reicher Auswahl
Albin Wenzel, Lawalde

Tägl. prima junges
Fohlenfleisch
Rohschlächterej
Benno Menzel,
Löbau

Stärkt
den
Dresse
Fonds

Werbt für
die „SAZ“

Für den Weihnachtstisch

Damenkonfektion „Bleyle Strickkleidung“
Kleiderstoffe Teppiche Läuferstoffe Decken
Gardinen Handarbeiten Trikotagen Strick-
waren Strümpfe Handschuhe Bettwäsche
Tischwäsche Küchenschwämme Leibwäsche
Größte Auswahl! Preise jetzt sehr billig!

E. Julius Neumann jr., Eibau, Bahnhofstr.
Prima Bettdecken und Daunen

Selien u. Parfümerien

in Kartonaten von 0,30 an
Photo-Apparate und -Zubehör
Drogerie Peter
Eibau i. S.

Weihnachtstreuhe

verdoppelt sich durch gute
Ware und billigen Preis
Empfehle:
Sport-, Berufs- und Arbeitsbekleidung
Heinz Schneider, Löbau/Sa.
Fabrikverkauf u. Spezialgeschäft

Stabenow's Puppenklinik

Anfertigung sämtl. Reparaturen,
Puppen in allen Größen von
einfachster bis zur modernsten
Ausfertigung
Curt Stabenow
Friseur, Eibau in Sachsen

Fahrräder Nähmaschinen

Beste Marken
Wasch- und Wringmaschinen
Badewannen
Gustav Donath, Eibau i. S.

Phönix-Nähmaschinen

auch andere Marken Fahrräder,
Wasch- und Wringmaschinen in
reicher Auswahl zu niedrig. Preisen
Friedrich Günter, Neusalza-Spremberg,
NB.: Grammophon und Zubehör

Zum Weihnachtsfest

empfehle ich mein großes Lager in
Herren-, Damen- und
Kindergarderoben
sowie

Manufakturwaren

zu den bekannt billigsten Preisen
Ad. Menzels Nchl. K. Fiebigler
Neusalza-Spremberg i. S.

Verkaufsstelle der weltbekanntesten
und beliebtesten „Bleyle-Kleidung“

Radio ins Heim

Beste Marken-Fabrikate:
Mende — Siemens — A.-E.-G.
Sachsenwerke u. s. w.
Apparate 6 Tage zur Probe ohne Kaufzwang.
Elektrische Artikel u. Beleuchtungskörper
Max Wagner
Niederfriesdorf N. 12.

Geschenkposten in Kleiderstoffen u. Kleider- seide eingegangen, günstig für Weihnachtsgeschenke

Auguste Jähne, Lauba

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen

Broschüren!